Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt
Preis 300 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53/54 GRUNDSTÜCKE

Dienstag
23. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941 Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 1,9 Milliarden M für die Woche vom 21.–27. Okt.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigenpreis 250 M je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet

23. 10. a Nr. 492 300 Mill.
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 12 Millionen.

Generalstreik in Wiesbaden.

Aachen gesäubert.

bt. **Wiesbaden**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Seit heute vormittag 9 Uhr herrscht hier der Generalstreik, den die Gewerkschaften zum Protest gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik beschlossen haben. Alle Arbeit ruht; selbst die Zeitungen haben den Betrieb eingestellt. (Ueber die Ereignisse der heutigen Nacht in Wiesbaden siehe die untenstehende Meldung. — Red.)

Köln, 23. 10. (Eigenbericht.) Gestern abend hat in Aachen die Gegenaktion der treudeutschen Bevölkerung gegen die Separatistenbanden begonnen. Die Bewegung wurde unter Mitwirkung der Gewerkschaften durchgeführt, und war um 1 Uhr nachts beendet. Sämtliche Gebäude, die von den Separatisten besetzt worden waren, sind wieder befreit. Die Sonderbündler wurden aus der Stadt hinausgeworfen.

In Mainz ist den Sonderbündlern ein Polizeirevier in die Hände gefallen. Die Sonderbündler in der Stadt erhalten ständig bewaffneten Zuzug von außerhalb.

Putschversuche in Trier, Wiesbaden und Bonn.

b. **Frankfurt a. M.**, 23. 10. (Eigenber.)

Offen unterstützt von Franzosen und Belgiern, beginnt die Bewegung im Rheinland sich weiter auszudehnen. Die beinahe völlige Apathie, in die die Bevölkerung durch die Unterdrückung der fremden Eroberer geraten ist, hilft den Hochverrätern bei ihrem Handwerk. Es kann als einwandfrei erwiesen gelten, daß es sich bei der Bewegung um ein von langer Hand mit französischer und belgischer Hilfe vorbereitetes Unternehmen handelt.

Im einzelnen ist die Lage heute morgen die folgende:

In Aachen ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen der erregten Volksmenge und der deutschen Polizei auf der einen und den Separatisten auf der andern Seite gekommen. Verschiedene Meldungen sprechen von Verletzten und auch von Toten. Die Polizei hält nach wie vor das Polizeipräsidium besetzt, während die Separatisten das Regierungsgebäude zu ihrem Hauptquartier gemacht haben. Im Augenblick scheint in Aachen Ruhe zu herrschen.

Eine Anzahl von Mainz herkommender Separatisten besetzten heute nacht das Rathaus von Wiesbaden und entwaffneten die aus dreißig Mann bestehende Polizei. Es fanden starke Gegendemonstrationen statt, gegen die die Sonderbündler mit Waffen vorgingen. Das Rathaus ist in Händen der Rebellen.

In Mainz selbst herrscht noch Ruhe, nachdem der gestrige Streich mißlungen ist. Man erwartet aber stündlich neue Ereignisse.

Im Laufe der Nacht ist es den rheinischen Hochverrätern gelungen, Rathaus und Regierungsgebäude von Trier zu besetzen. Zurzeit finden Verhandlungen mit den Behörden statt

Coblenz ist nach den gestrigen Ereignissen ruhig

Nachdem die Franzosen gestern die Polizei in Bonn durch Drohung in ihrem Eingreifen ausgeschaltet haben, ist heute nacht die Besetzung des Rathauses und anderer Amtsgebäude durch separatistische Trupps erfolgt. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Dorten soll sich nach Koblenz begeben haben, um seinerseits die Republik auszurufen. Matthes sitzt in Düren und versucht von dort aus die Bewegung einheitlich zu leiten. Der Bürgermeister von Düren wird von den Sonderbündlern in seinen Amtsräumen gefangen gehalten. Der „provisorischen Regierung" gehören die folgenden Persönlichkeiten an: Deckers, Gutkardt, Metzgen, Dorten und einige andere Ehrenmänner. Von einer Regierungstätigkeit ist allerdings nichts zu merken.

*

Es ist Sorge getragen, daß keine Erwerbslosenunterstützung für diejenigen rheinischen Städte gezahlt wird, in denen sich Sonderbündler oder Kommunisten der öffentlichen Gewalt bemächtigt haben.

Französisches Geld.

London, 23. 10. (W. T. B.) Einer Reuter-Meldung aus Louisville in Kentucky zufolge erklärte Lloyd George zu der Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen, es bestehe kein Zweifel, daß französisches Geld hinter der Bewegung stehe, und fügte hinzu, er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die französische Invasion des Ruhrgebiets in erster Linie den Zweck verfolgte, die Auflösung des Deutschen Reiches zu erzwingen.

Kundgebung der Bonner Stadtverordneten.

Bonn, 23. 10. (W. T. B.) Die Stadtverordneten hielten gestern abend eine Versammlung ab, in der der Vorsitzende über die Ereignisse der letzten Tage berichtete. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Ereignisse, die sich gestern morgen in einem Teil des besetzten Gebietes abgespielt und die dort zur zwangsweisen Ausrufung einer rheinischen Republik durch Sonderbündler geführt haben, haben auch für die Stadt Bonn die Befürchtung nahegerückt, daß ein ähnlicher Versuch hier gemacht wird. (Inzwischen ist dieser Versuch erfolgt. Red.) In dieser ernsten und schicksalsschweren Stunde erneuern die Stadtverordnetenversammlung und die Stadtverwaltung als berufene Vertreter der Bonner Bevölkerung feierlichst das Gelöbnis der Treue zum deutschen Vaterlande und geloben, alles zu tun, um mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln die verfassungsmäßigen Zustände aufrechtzuerhalten."

Berliner Kurse vom 23. 10:

1 Dollar amtlich: M 56 000 Millionen
Zuteilung 100 % (Frankfurt 60 %)
1 Pfund amtlich: M 250 000 Millionen
Zuteilung 100 %
1 Goldmark M 13 333,33 Millionen
Goldanleihe: M 56 000 Millionen
Zuteilung 100 %.

Tirard in Aachen!

Nach Zusammenkunft mit Poincaré.

S. **Paris**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Poincaré ist gestern noch nicht nach Paris zurückgekehrt. Er wird erst heute wieder von seinem Landgut zurückerwartet. Ueber die Ereignisse im Rheinland wird er stündlich auf dem laufenden gehalten. Oberkommissar Tirard, der noch Samstag eine Rücksprache mit Poincaré hatte, traf gestern morgen in Aachen ein (!) und ist gleich nach Koblenz weitergefahren.

Am Quai d'Orsay zeigt man sich nach außen hin sehr zurückhaltend. Ueber die wirkliche Haltung Frankreichs besteht natürlich nicht der geringste Zweifel. Der „Matin" spricht zum Beispiel heute morgen von einem „Verrat" des Oberbürgermeisters von Koblenz, weil dieser sich den Separatisten widersetze (!). Das „Echo de Paris" meldet aus Brüssel, daß man sich dort ganz besonders reserviert verhalte. Man wisse dort anscheinend nicht, wie man sich zu der Bewegung stellen solle. Die „Independance Belge" erklärt, daß die Ausrufung der rheinischen Republik die Lösung des Reparationsproblems nicht erleichtere.

In linksgerichteten französischen Kreisen ist man über die Entwicklung der Dinge wenig hoffnungsfroh gestimmt. Man sieht für einen neuen Rheinlandstaat, wenn er wirklich Tatsache werden sollte, innere Schwierigkeiten voraus. Ohne sehr weitgehende französische Geldunterstützung sei ein solcher Rheinlandstaat vollständig lebensunfähig. und die gesamte rheinisch-westfälische Industrie einfach lahmgelegt. „Seitdem Frankreich die Reparationsfrage der Sicherungsfrage opferte, gab es weder Reparationen noch Sicherung", schreibt zum Beispiel heute der „Populaire".

Die Blätter der Morgenpresse berichten in deutlicher Absicht von einer Ausdehnung der Bewegung. Verschiedentlich kam es zu Unruhen in Aachen und Koblenz. Das „Journal" spricht von der Möglichkeit einer nationalistischen Gegenbewegung und läßt hierbei keinen Zweifel darüber, daß in diesem Falle die Separatisten der Unterstützung der Besatzungsmächte sicher sein dürften. Besonders ungewiß ist man über die Haltung des Bezirks Köln und des Ruhrgebiets, die man beide gern in die Bewegung mit hineinziehen möchte, was man aber aus verschiedenen Gründen nicht recht wagt.

Nach der „Daily Mail" soll zwischen Frankreich und England eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß auf dringende Vorstellungen Englands Frankreich von der Entsendung von 2 bis 3 Millionen Tonnen Stahl aus dem Ruhrgebiet Abstand nahm, deren Versendung bereits unmittelbar bevorstand.

Morgen vormittag findet im Außenministerium ein Kabinettsrat statt, dem angesichts der augenblicklichen Lage erhöhte Bedeutung zukommt.

Interpellation über französische Wiederaufbauskandale.

S. **Paris**, 22. 10. (Eigenbericht.) Der Abgeordnete Inghels hat eine Interpellation wegen der Skandale in den wiederaufzubauenden Gebieten in der Kammer eingereicht. Er will Auskunft darüber haben, was die Regierung zu tun gedenke, um das Mißverhältnis, das zwischen den Entschädigungen für die großen und denen für die kleinen Geschädigten bestünde, zu beseitigen, ferner über die übertriebenen Entschädigungen, die teilweise gezahlt worden seien, an denen sich einzelne Industrielle in geradezu skandalöser Weise bereichert hätten, ferner über die Langsamkeit des Geschäftsganges bei der Entschädigung der kleinen Geschädigten und über die Zahlungsmethoden der Entschädigungen überhaupt.

Verschärfung des amerikanischen Anti-Alkoholgesetzes.

S. **Paris**, 23. 10. (Eigenbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß die Konferenz der Gouverneure der Vereinigten Staaten von Amerika auf Vorschlag des Präsidenten Coolidge eine Verschärfung des Anti-Alkoholgesetzes beschlossen habe. In Zukunft solle nicht mehr auf Geld-, sondern auf Gefängnisstrafen bei Uebertretung des Alkoholgesetzes erkannt werden. Ferner soll das Gesetz gleichmäßig auf alle Staaten ausgedehnt werden. Unter den strafverschärfenden Bestimmungen befindet sich die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Schließung der betroffenen Lokale usw.

Die Revolte in Griechenland.

Paris, 23. 10. Die hiesige griechische Gesandtschaft hat folgendes Telegramm aus Athen erhalten, das vom Sonntag nachmittag 4 Uhr datiert ist: In den Garnisonen von Patras, Chalkis, Drama und Verria sind Meutereien ausgebrochen. In den übrigen 18 Garnisonen sind die Truppen der Regierung treu geblieben. Die Armeekorpskommandeure haben in Telegrammen zum Ausdruck gebracht, daß sie treu zur Regierung halten werden. Die Marine beobachtet dieselbe Haltung. Ebenso haben die liberale und republikanische Partei die Bewegung abgelehnt, die, wie es den Anschein hat, von den Anhängern des Generals Motaxas angestiftet zu sein scheint. Es sind Truppen unterwegs, die die Bewegung, an deren Spitze die Generäle Leonardopulos und Gargalides stehen, niederwerfen sollen.

Verhaftungen.

Köln, 22. 10. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Volkszeitung" aus Trier meldet, haben die Sonderbündler mehrere politische Führer und Stadtverordnete, darunter den Prälaten Professor Dr. Kaas, den sozialdemokratischen Beigeordneten Rese und die Stadtverordneten Brandenburg und Rautenstrauch verhaftet und verschleppt, wie es heißt, in der Richtung nach Duisburg.

Im Laufe des gestrigen Vormittags verlangte eine Schar Sonderbündler von der Stadt die Zugestehung zweier Beigeordneter und eine ständige Kontrolle der Verwaltungsorgane, ferner die Einsetzung ihres Führers Maßen als Polizeidirektor. Die Forderungen wurden abgelehnt.

Die Sonderbündler, vorwiegend junge Leute, durchstreifen die Stadt und „beschlagnahmen" unter Drohungen mit Revolvern Kraftwagen.

„Frankreich hinter den Ereignissen."

Die offene Unterstützung der Separatisten.

A. **London**, 23. 10. (Eigenbericht.)

Die englische Oeffentlichkeit verhält sich gegenüber den Vorgängen im Rheinlande abwartend, doch drücken die meisten Blätter ihre Ueberzeugung aus, daß Frankreich hinter den Ereignissen stehe. Von einigen Zeitungen wird sogar behauptet, daß auch zwischen Bayern und der französischen Regierung geheime Abmachungen bestünden. (!) Die „Times" glaubt im übrigen, daß sich vorläufig ein Urteil über die Bewegung im Rheinland noch nicht fällen lasse. Auch die Franzosen und Belgier seien offenbar in Verlegenheit, und es sei keineswegs sicher, daß sich die Ereignisse planmäßig entwickelten. Das Blatt wirft dann einige Fragen auf, die sich unmittelbar aus den Vorgängen ergeben. „Wenn die Separatisten einfache ‚Flüchtlinge aus der deutschen Währung sind, wer wird die Bewegung dann finanzieren? Wenn die Ruhr in den neuen Staat einbegriffen werden soll, wie wollen die Alliierten dann ihre Forderungen gegenüber Deutschland durchsetzen? Zum Schluß verlangt die „Times" ein gemeinsames Vorgehen aller Alliierten. Die Gefahr sei jetzt so groß geworden, daß alle früheren Meinungsverschiedenheiten unbedeutend erschienen. Es handle sich jetzt darum, schnelle Beschlüsse zu fassen. Die Verantwortung sei zu groß, als daß sie von einer von zwei Mächten getragen werden könnte. Der Augenblick für eine mutige und kluge Tat (!) sei gekommen, wenn nicht ganz Europa mit in den Abgrund gezogen werden solle, in dem Deutschland versinke.

Die aus dem Rheinlande vorliegenden Nachrichten sprechen von einer Ausbreitung der Bewegung. Nach der „Daily Mail" soll die englische Zone von der Bewegung nicht berührt sein. Dagegen berichtet die „Times", daß die deutschen Polizisten in Köln alle Eingänge zur Stadt versperren, um das Eindringen separatistischer Banden zu verhindern. Aus Bonn meldet das gleiche Blatt, daß die französischen Behörden offenbar auf Seiten der Separatisten stehen. Die Vertreter der Rheinlandkommission ließen den städtischen Behörden mitteilen, daß die Polizei nicht auf die Separatisten schießen dürfe und daß Truppen in Bereitschaft gehalten würden, um die Separatisten nötigenfalls zu beschützen.

Englands Mitverantwortung.

London, 23. 10. (W. T. B.) „Westminster Gazette" schreibt: Es sei klar, daß, wenn die augenblicklichen Verhältnisse, eine unvermeidliche Folge der Politik Frankreichs, in Deutschland fortdauernd sollten, chaotische Unruhen unvermeidlich wären. Jeden Augenblick könnten die Engländer Entwicklungen gegenüberstehen, die eine rasche und entscheidende Aktion der britischen Regierung notwendig machten, denn obwohl die Verantwortung für die Ereignisse im Ruhrgebiet in der Hauptsache auf Poincaré lasteten, könne die britische Regierung ihren Anteil an der Verantwortlichkeit nicht abweisen. Sie habe gewußt, daß Schwierigkeiten bevorstehen, und sei passiv geblieben. Ihr Widerstand gegen die Politik Frankreichs habe nur in Worten bestanden. Dieser Punkt sei vielleicht von großer unmittelbarer Bedeutung, da ihre Truppen Köln besetzt halten, das sie als eine der Garantiemächte des Versailler Vertrages innehabe. Wenn der Aufstand gegen Berlin im Rheinland Wurzel faßte und sich ausbreitete, würde die Stellung der Engländer in ihrer eigenen Zone, die einen Teil des Rheinlandes bilde, schwierig bis zur Unhaltbarkeit werden. England könne diese Bewegung nicht unterstützen oder anerkennen oder irgendwelche Verantwortlichkeit für die Loslösung von gewissen Teilen Deutschlands übernehmen, die deutsch seien. Sollten aber die Engländer andererseits Köln nicht länger als ein deutsches Pfand, sondern für Deutschland halten? Dies würde eine seltsame Form der zweideutigen Politik sein, die bisher von britischer Seite befolgt wurde.

Die englischen Konservativen verlangen klare Führung.

London, 23. 10. (W. T. B.) „Daily Telegraph" schreibt zu der bevorstehenden National-unionistischen Konferenz in Plymouth, auf der Baldwin am Donnerstag sprechen wird, die Konservative Partei wünsche von Baldwin eine andere Parole zu erhalten, als diejenige sei, die Bonar Law seinen Anhängern unter andern Umständen gegeben habe. Die Konservativen verlangten nach einer klaren Führung. Baldwin sei in der letzten Zeit in seinen Aeußerungen sehr vorsichtig gewesen, dagegen seien von gewisser Seite Einwände erhoben worden, insbesondere im Zusammenhang mit seiner auswärtigen Politik. Die Kritiker des Premierministers wollten anscheinend haben, daß er mit einer sogenannten entschlossenen britischen Politik, die England sofort in eine gefährliche Sackgasse mit Frankreich bringen würde, in die Arena springe. Aber Baldwin werde sich wahrscheinlich nicht dazu hinreißen lassen, von seiner strikten Vorsicht abzugehen. Das Hauptziel der Konservativen sei heute, das Land vor dem sozialistischen Regiment zu retten, das drohe, wenn die augenblickliche Regierung stürzen sollte. Das große innere Uebel des Augenblicks sei die Arbeitslosigkeit.

Brotrationierung in Berlin.

Das Berliner Ernährungsamt teilt mit: Die unerhörten Hamstereien, die neben der katastrophalen Geldentwertung trotz ausreichender Getreidevorräte in den letzten Tagen in Berlin zu einem Mangel an Brot geführt haben, so daß zahlreiche Berufstätige und Minderbemittelte nicht in den Besitz von Brot gelangen konnten, veranlassen den Magistrat im Verein mit der Groß Berliner Bäckerschaft, die noch im Besitz der Bevölkerung befindliche Brotkarte der 41. Brotkartenwoche aufzurufen. Ab morgen, Mittwoch, den 24. Oktober, darf von den Bäckern auf je zwei Abschnitte A der erwähnten Brotkarte ein Brot (auf einen Abschnitt A also ein halbes Brot) zu dem jeweils der Preisprüfungsstelle vorgelegten Preise abgegeben werden.

Trostlose Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Auswirkungen der innenpolitischen Krise.

Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird dem W. T. B. mitgeteilt: Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern und der Aachener Handstreich haben die ohnehin kritische Situation im Ruhrgebiet bis zum äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Eindeutigkeit betont, daß das Zusammentreffen der Ereignisse in München und Aachen der schwerste Schlag war, der das besetzte Gebiet in diesen entscheidungsschweren Stunden hat treffen können. Die Auffassung weitester Kreise geht dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise die weitere Entwicklung der inneren deutschen Verhältnisse abwarten wollen. Der Aachener Handstreich wiederum wird mit der Zuspitzung der Lage im Reich in direkte Verbindung gebracht. Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß die Auswirkungen der Lage das Ruhrgebiet am schwersten belasten.

Wenn auch die separistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Wochen sich gesteigert hat, so besteht doch zu Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Dagegen darf nicht verhehlt werden, daß die politischen Kreise des Auslandes, die hinter den Sonderbündlern stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, um auch die Abtrennung des Ruhrgebiets politisch durchzuführen. Der Ausgang der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirektem Wege die politische Abtrennung des Ruhrgebiets durchzuführen versuchen.

Feierschichten und Massenentlassungen.

Gelsenkirchen, 23. 10. (T. U.) Die wirtschaftliche Lage ist gegenwärtig hier trostlos. Viele kleinere Werke und Betriebe haben bereits geschlossen. Auf den Zechen wird auch nur in beschränktem Maße gearbeitet

Bei der Firma Krupp wird in dieser Woche nur noch 30 Stunden gearbeitet. Außerdem wurden zwei Feierschichten, diese jedoch nur für Ledige, eingelegt.

Essen, 23. 10. (Mtb.) Gestern hat die gesamte Industrie mit Ausnahme der Bergwerke ihre Arbeiter entlassen und den größten Teil der Angestellten zum 1. November gekündigt. Allein in Gelsenkirchen kommen 18 000 Arbeiter in Betracht. Auf den Bergwerken des ganzen besetzten Gebiets, auch auf denen, die für Holland und Italien arbeiten, werden in dieser Woche zwei Feierschichten eingelegt.

Lebensmittelunruhen.

Hamburg.

hem. **Hamburg**, 23. 10. (Eigenbericht.) Wie in anderen Großstädten ist es auch in Hamburg vereinzelt zu Lebensmittelunruhen gekommen, die, durch die ungeheure Steigerung des Brotpreises verursacht, durch die Schließung einiger Werften noch verstärkt wurden. Von kommunistischer Seite wird wieder einmal versucht, für den allgemeinen Generalstreik Propaganda zu machen. Die Regierung und die Schupo haben die Lage fest in der Hand, so daß zu Besorgnissen kein Anlaß vorliegt.

Außer den Vulkanwerken und Blohm u. Voß sind zunächst die Schiffs- und Maschinenfabrik von Janssen u. Schmilinsky stillgelegt. Auch am heutigen Morgen ist die Lage im Hafen unverändert. Der wirtschaftliche Schaden, der durch das verspätete Auslaufen der Schiffe entsteht, wird sich heute mehr denn je unangenehm bemerkbar machen. Die Stimmung ist gespannt. Zu ernsteren Zwischenfällen ist es aber bis zur Stunde nicht gekommen.

Einzug der Ordnungstruppen in Dresden.

Mit Jubel begrüßt.

Sd. **Dresden**, 23. 10. (Eigenbericht.) Heute marschierte ein Teil de rTruppen durch Dresden, die für Ostsachsen bestimmt sind. Die Truppen, die einen ganz vorzüglichen Eindruck machten, wurden von einer vieltausendköpfigen Menge stürmisch begrüßt. Nur wenige Schreier versuchten Störungen. Doch wurden diese sehr energisch zur Ordnung gebracht.

Für Ausschluß Eberts aus der Sozialdemokratischen Partei.

Leipzig, 23. 10. (T. U.) In der Generalversammlung des Kreisvereins der V. S. P. D. Groß Leipzig wurde ein Antrag angenommen, der unter Hinweis auf die Verstöße des Reichspräsidenten Ebert gegen das Parteiprogramm verlangt, daß beim Parteivorstande der Ausschluß des Genossen Ebert beantragt werde.

Auch das Patentamt geht zu Goldmarkpreisen über.

Nachdem das Reichspatentamt bislang der Geldentwertung durch immer neue Festsetzung seiner Preise für Patentschriften, Abschriften, Photogramme usw. Rechnung getragen hatte, ist es mit Wirkung vom 15. bzw. 18. Oktober ab zur Berechnung dieser Preise in Goldmark übergegangen. Die Umrechnung der Sätze in Papiermark erfolgt nach dem auf volle Millionen nach unten abgerundeten Dollarbriefkurs der Berliner Börse, der für den dem Tage der Zahlung oder der Absendung des Nachnahmebriefes vorhergehenden Tage im „Reichsanzeiger" bekanntgegeben ist. Als Tag der Zahlung gilt der Tag, an dem die Einzahlung beim Reichspatentamt oder zur Ueberweisung bei einer Postanstalt im Gebiet des Deutschen Reiches erfolgt.

Eine Patentschrift kostet (wie vor dem Kriege) eine Goldmark. Bei Abnahme von mindestens 20 Stück einer einzelnen Nummer oder von sämtlichen Patentschriften aus einer bestimmten Haupt- oder Unterklasse oder aus einer bestimmten Gruppe eine halbe Goldmark. Bei Abschriften werden für jede Seite Maschinenschrift 0,30 Goldmark berechnet, ebensoviel für jede Beglaubigung oder Bescheinigung. Das Vergleichen von Prioritätsbelegen und dergleichen, wobei zwei Beamte beschäftigt sind, kostet 1,80 M für jede Stunde Arbeit, das Nachbessern von Zeichnungen 0,90 M. Eine zweite Ausfertigung der Patent- oder Gebrauchsmuster- oder Warenzeichen-Urkunde (Rollenauszüge) kostet 0,30 M das Stück, wozu die Kosten der Beglaubigung, des Schreibwerks und Vergleichens kommen. Ein Blatt Photogramm (weiß auf schwarz) kostet 0,50 M, eine Lichtpause 0,30 Goldmark.

Die Deutschnationalen und Bayern.

Rücktrittsforderungen an Stresemann.

pn. **München**, 23. 10. (Eigenbericht.) Der politische Beauftragte der Reichsparteileitung der Deutschnationalen Volkspartei, der preußische Landtagsabgeordnete v. Lindeiner-Wildau, hat in einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Dn. Vp.) in München erklärt, unsere ganze Politik sei durch die Gleichsetzung von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie vergiftet, und Stresemann habe sich zum Träger dieser Geschichtslüge gemacht. Die Politik der Berliner Regierung sei völlig unhaltbar und materiell unmöglich. Diejenigen Kreise im Reich, die erkennen, daß Bayern Bismarcks Werk vertrete, hätten die Pflicht, Bayern durch die Tat vor einer Isolierung zu bewahren und sich mutig und offen an Bayerns Seite zu stellen. Der jetzige Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung habe die deutsche Frage in ihrer Gesamtheit aufgerollt.

Der bayerische Landesvorsitzende der Partei, Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Hilpert, erklärte, die Isolierung Bayerns im deutschen Kampf bedeute die riesengroße Gefahr der Separation. Die Lösungsmöglichkeit des Konfliktes erblicke er, wenn Stresemann die Folgen seiner außenpolitischen Niederlage und seiner innerpolitischen Mißerfolge als Wahrer der Reichseinheit ziehe. Die Quelle fortgesetzter Konflikte zwischen Bayern und der Reichsregierung müsse durch eine organische Staatsverfassung verstopft werden. Alle Redner spendeten Beifall.

*

Die „Deutsche Tageszeitung" gibt eine Zuschrift aus dem Reichslandbund wieder, in der zunächst erklärt wird, der Reichslandbund habe sich dem Reichskanzler Stresemann zur Verfügung gestellt, wenn er sein Kabinett nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenstelle.

„Die Wiederherstellung des Reichskabinetts auf Grundlage der Großen Koalition schloß für den Reichslandbund die Möglichkeit seiner Mitwirkung aus. Wenn der bayerische Generalstaatskommissar Dr. von Kahr erklärt: „Im Falle Lossow handelt es sich letzten Endes um den großen Kampf der marxistischen undeutschen Einstellung gegen die deutsche christliche Weltanschauung", so kennzeichnet er hierdurch zutreffend den Kern des Konfliktes, den das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht richtig einzuschätzen, zu beurteilen und somit auch nicht zu lösen vermag. Für dieses innerste Wesen der Frage haben die deutschen Landwirte und insbesondere der Reichslandbund ein grundsätzliches und schon empfindungsmäßiges Verständnis, während sie ohne Verständnis der rein formal juristischen Einstellung der Reichsregierung gegenüberstehen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird."

Reichswehr und Politik.

Wie der „Vorwärts" zu melden weiß, hat General v. Lossow von der Funkstelle in Nürnberg folgenden Funkspruch an die Reichswehr in Berlin, Spandau, Stettin, Hannover, Breslau, Dresden, Frankfurt a. d. O. gerichtet:

„Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Verfassung gerichtet erklärt. Die bayerische Regierung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu brechen. Niemand übertrifft uns Bayern an Reichstreue. Was wir wollen, ist, daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalstaatskommissar von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufgezwungen werden soll, was Bayern, den Hort deutscher und nationaler Gesinnung, unschädlich machen soll.

Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalstaatskommissar zu stellen, die mit uns das bedrängte Deutschtum schützen wollen. Die Verpflichtung wird durchgeführt.

gez.: von Lossow, Landeskommandant."

Soweit diese Kundgebung eine Erklärung für das Verhalten der bayerischen Truppen geben will, ist sie vielleicht erklärlich; wenn sie aber zugleich den Versuch einer politischen Einwirkung auf außerbayerische Teile der Reichswehr enthalten sollte, dann müßten wir sie offen mißbilligen. Von dem gebräuchlich gewordenen Unfug der Verwechselung der Begriffe Marxismus und Sozialdemokratie ganz abgesehen: die Politik ist nicht Sache der Reichswehr, sondern des Bürgertums, das innerhalb und außerhalb der Parteien genug Organisationen und Wirkungsmöglichkeiten hat, um einen Wechsel in der Reichsregierung herbeizuführen, wenn ein solcher der Stimmung der Volksmehrheit entspricht.

Ostpreußen.

Königsberg, 22. 10. Der Befehlshaber im Wehrkreis I hat folgenden Befehl als Zusatz zum Erlaß des Chefs der Heeresleitung gegeben:

„Tagesbefehl an die Truppen im Bereich des Wehrkreises I. Die Einigkeit des Reiches und der militärische Geist erfordern Gehorsam den Befehlen unseres obersten militärischen Führers. Daß jeder Angehörige der ostpreußischen ersten Division und der in ihrem Bereich untergebrachten Truppen des Reichsheeres und der Reichsmarine dies beherzigen und befolgen wird, bedarf keines weiteren Wortes.

von Dassel,
Generalleutnant, Kommandeur der ersten Division und Befehlshaber im Wehrkreis I.

Schließung der kommunistischen Friedrichstraßendruckerei.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: die kommunistische Friedrichstraßendruckerei (Friedrichstr. 225), in welcher verschiedene kommunistische Zeitungen wie die „Rote Fahne" sowie allerhand Propagandaschriften gedruckt werden, ist auf Anordnung des Militärbefehlshabers von der Berliner Polizei geschlossen und versiegelt worden, da in den letzten Tagen verbotswidrigerweise zahlreiche zum Generalstreik und zur Bewaffnung des Proletariats auffordernde Flugschriften gedruckt worden sind.

Graf Kanitz ernannt.

Die Ernennung des Grafen Kanitz zum Reichsernährungsminister ist jetzt vollzogen worden. Der Minister wendet sich in einem Aufruf an die Landbevölkerung und weist sie auf die Notwendigkeit hin, ihre Pflicht gegenüber der anderen Bevölkerung zu erfüllen.

Schicksalswende.

Von unserem rheinischen Berichterstatter.

Am 11. November 1918 endete rein äußerlich die erste Phase des großen Krieges, in dem der Kampf um den Rhein auf's neue in den Mittelpunkt der Weltgeschichte trat. Militärisch war Deutschland geschlagen, nachdem Soldatenmeutereien und Hungerrevolten dem Herr den letzten Rückhalt der Heimat entzogen hatten. Militärisch war ein Abschluß gegeben, während der künftige „Wilson-Frieden in der Verständigung" nach der Meinung der Volksbeauftragten die wirtschaftliche und — man verzeihe das Wort — auch die nationale Substanz des Reiches wahren sollte. Das Wort Scheidemanns auf der Freitreppe des Reichstages, daß das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe, bezeichnet vielleicht am besten den Irrwahn dieser Kreise. Selbst als das Versailler Diktat aufgesetzt und unterschrieben wurde, meinten dieselben Persönlichkeiten noch immer, daß alles das nicht so böse gemeint sei, daß die meisten Artikel des Diktates einfach unausführbar seien (weil sie dem eigenen kleinen Gehirn einfach unerträglich schienen), daß Frankreich oder doch wenigstens die übrige „demokratische" Welt eine derartige Versklavung der freiesten aller Republiken nicht zulassen könne. Man hoffte und glaubte im endlosen Wechsel, während gleichzeitig dem Raub der Vorpostenstellungen des Deutschtums im Westen und Osten die Wegnahme und Besetzung der wichtigsten Außenbastionen folgte. Nach dem Gewinn von Elsaß und Lothringen übernahm Frankreich selbst den Pfandbesitz des Saargebiets zu eigenen „treuen Händen"; unter sachkundiger Hilfeleistung der angelsächsischen „Beobachter" zwang es das Rheinland unter französisch-belgisches Joch. In Oberschlesien setzte sich in trautem Verein mit dem mächtigen Protektor der Pole fest, und selbst der schmächtige Litauer konnte sich als wertvollsten Besitz Memel zusprechen lassen. Im Bannkreis innerpolitischer Kämpfe huschte ab und an wohl eine Flut von Entrüstung über Deutschland dahin, sobald die jeweils gefährdetsten Kreise Zeichen und Mittel zum „Aufpeitschen" der öffentlichen Meinung gaben. Im Grunde blieb das gesamte deutsche Volk von all diesen Ereignissen unberührt, da ja „zwangsläufig" deutsche Arbeit und deutscher Unternehmungsgeist auch dem Reich seine Stellung in der Welt zurückerobern würden. Dem militärisch-politischen Ringen, das im Walde von Compiègne seinen schmählichen Abschluß fand, folgte der Kampf der deutschen Wirtschaft.

Auf die „Wirtschaft" allein war jetzt das Dasein des deutschen Volkes gestellt, da die wirtschaftliche Not den Einzelnen wie die Gesamtheit packte. Auch außenpolitisch schien der Verlust an Land und Leuten, vom Ansehen draußen in der Welt zu schweigen, erträglich und leicht gegen die ständige Abzapfung neuen Wirtschaftsbluts in ewig gesteigerten Reparationszahlungen. Selbst Frankreich wurde in diesen Jahren aus dem „Erbfeind" zum „Hauptgläubiger", als sich seine Annexionsabsichten am Rhein zur Pfänderpolitik wandelten. In stolzem Selbstvertrauen auf die bodenständige Kraft der eigenen Wirtschaft ließ man es zu, daß der Versailler Vertrag Stück für Stück durchlöchert und zerfetzt und damit die letzte völkerrechtliche Sicherung des Deutschen Reichs durchbrochen wurde. Als Frankreich und Belgien am 8. März 1921 mit Düsseldorf-Duisburg das „Sprungbrett zum Ruhrgebiet" besetzten, beschränkte sich das Ministerium Wirth auf den üblichen papiernen Einspruch, um nur ja nicht durch einen Rückfall in die brutalen Machtformen der Vorkriegszeit die theoretisch fein ausgeklügelten Kreise dieser „Erfüllungspolitik" zu stören. Mit stummer Ergebenheit sah das deutsche Volk zu, als die Schlüsselstellung seiner Wirtschaftsfront durch Handstreich genommen wurde, weil es seit dem 9. November 1918 die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Macht verloren und vergessen hatte. Während man im Reichstag und Reichswirtschaftsrat, in allen Ministerien und Verbänden vom siegreichen Aufbau der deutschen Wirtschaft sprach und schrieb, besetzte der Gegner kampflos eine Stellung nach der andern. Dem Saargebiet und Ost-Oberschlesien folgte das ganze Rheinland in die gleiche wirtschaftliche Versklavung, als die „Sanktionen" von 1921 zum erstenmal besetztes und unbesetztes Gebiet durch eine starre Zollinie trennten und auf Gedeih und Verderb verbundene Industriegebiete scheinbar planlos vernichteten. Stück für Stück versank die Basis, auf der die Führer der „Erfüllungspolitik" die Zukunft Deutschlands und der Welt aufzurichten vermeinten. Keine Hand rührte sich zur Gegenwehr, als das Programm des Senators Adrian Dariac auch dem törichtsten Deutschen das Endziel und die Taktik der französischen Rheinpolitik enthüllte. Nur dem Widerstand der Ruhrindustrie, die im Ministerium Cuno endlich verständnisvolle Förderung fand, verdanken wir den Versuch wenigstens der Verteidigung, der in die Epoche des passiven Widerstandes hineinführt. Zum erstenmal nach den „glorreichen" Novembertagen von 1918 fand eine deutsche Reichsleitung den Mut, die Ohnmachtspolitik der letzten Jahre durch den Appell an die nationale Ehre innerlich zu wandeln, und der Erfolg hat ihr zweifellos recht gegeben. Auch die Rückschau auf den verlorenen Kampf darf und muß doch dies eine wieder und wieder betonen, daß nur die Entschlüsse vom Januar/Februar 1923 die Rheinlande zunächst vor der völligen Verwelschung bewahrten. Der nationale Gedanke, der unter der Last der Erfüllungspolitik und vor der Duldermiene früherer Ministerien zu ersterben drohte, ward aufs neue lebendig. Auf lange Zeit hinaus noch wird „Cunos rheinisches Erbe" an Rhein und Ruhr die Erinnerung an Reich und Staat der Deutschen wachhalten.

In der zweiten großen Phase des Weltkriegs trat so der Ruhrkampf in den Vordergrund, der mit anderen Mitteln auf beiden Seiten doch nur dem alten Ziele galt. Nach einem kurzen Zwischenspiel, in dem Frankreichs Nationalismus im Vertrauen auf unbestimmte geschichtliche Erinnerungen und auf die „Ueberlegenheit des gallischen Genius" die militärisch-politischen Erfolge Clémenceaus leichthin durch freiwillige Anlehnung der Rheinlande zu vollenden hoffte, hatte der „Sieger im Weltkrieg" den wirtschaftlichen

Angriff auf die Selbständigkeit Europas begonnen und planmäßig durchgeführt. In Deutschland aber hatte der 11. Januar 1923 endlich das Verständnis für die große Aufgabe geweckt, die die Schwerindustrie des Ruhrgebiets nicht nur für den Aufbau einer neuen nationalen Zukunft, sondern für die Sicherung des nackten Daseins der Bevölkerung selbst besaß. Die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit übernahm die Führung des Ringens, dem die deutsche Reichsleitung in unendlich günstigerer Schicksalsstunde ausgewichen war. Mit wirtschaftlichen Mitteln leitete sie den Kampf ein und hielt so lange durch, bis eben diese nur für kurze Zeit bestimmten Mittel, auf sich selbst gestellt, versagten. Auch jetzt, im Spätsommer und Frühherbst dieses Jahres, verpaßte die deutsche Politik, wie wir glauben, den günstigsten Zeitpunkt, ihrerseits nun den passiven Widerstand der Wirtschaft zur politischen Waffe umzuschmieden. Im Kampf allein um das wirtschaftliche Dasein des Volkes vergaßen die Führer, daß nur staatspolitische Mittel die vom Gegner herausgeforderte staatspolitische Entscheidung herbeiführen könne.

Ob eine solche Entscheidung allerdings zugunsten Deutschlands auslaufen werde, war von vornherein wenig wahrscheinlich. Auf alle Fälle wäre der Zusammenbruch im Innern und der Bruch mit den Siegerstaaten zu einer Zeit gekommen, da unser Volk unvergleichlich besser für das letzte Ringen um sein Dasein ausgerüstet war. Was damals versäumt wurde, ist schließlich doch gekommen, trotzdem parlamentarische und außenpolitische Rücksichten den Entschluß des Reichsministeriums Stresemann verhängnisvoll verzögerten und verhängnisvollen Einfluß auch auf Inhalt, Form und Farbe der letzten Regierungserklärung ausübten. Vor Wochen schon baten und drängten wir aus dem besetzten Gebiet zu einem neuen außenpolitischen Ultimatum, das wir auch heute der finanziellen Bankerotterklärung vorgezogen hätten!

In entscheidender Stunde aber muß gerade im Grenzkampf die Kritik, so notwendig sie für die Beurteilung der deutschen Politik für Vergangenheit und Zukunft sein mag, verstummen. Bei einer neuen Wendung unseres Geschicks sehen wir in großem, geschlossenem Bilde auf die zweite Phase des Weltkrieges zurück, der nach wie vor im Ringen um den Rhein, um das Dasein des deutschen Volkes geführt wird. Auch diese Wirtschaftsepoche des großen Feldzuges ist verloren.

Als der große Aufschwung der Augusttage von 1914 verrann, durften die Fronttruppen nur Sieg über Sieg in die Heimat vermelden. Jede militärische Niederlage hätte schon 1915 die große Masse und insbesondere die „berufenen" Führer ernüchtert und zu einer „Verständigung" vorbereitet, die dann dem Feind 1918 als reife Frucht in den Schoß fiel. Ganz ähnlich war auch der Ruhrkampf nur so lange „volkstümlich", als man von Enttäuschungen und Verlusten der französisch-belgischen Einbrecher sprach. Sobald auch eigene Opfer von der Gesamtheit verlangt wurden, als gerade das besetzte Gebiet immer neuen Proviant und immer stärkeren Munitionsersatz in Gestalt von Lohnsicherungen und finanzieller Unterstützung forderte, schwand die Teilnahme im Reich in furchtbar schneller Folge dahin. Wie in der ersten militärischen Phase des Weltkriegs verdrängte die „Verständigungsbereitschaft" den Abwehrwillen der Anfangswochen. In erschütternder Klarheit wiederholen die Verhandlungen von Parteien und Berufsgruppen dieselben Bilder, die die Weltgeschichte bereits aus dem Spätherbst 1918 festgelegt hat. Unfertige und bodenlose Hoffnungen auf Verständigung umrankten den Entschluß zur Aufgabe des passiven Widerstandes. Vor der drängenden Not der Wochen und Monate, die über diplomatischen und parlamentarischen Verhandlungen unwiederbringlich dahinflossen, versanken selbst die „Ehrenforderungen" der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Amnestie für alle Verurteilten, die doch Regierung und Parteien, Amtsstellen und Gewerkschaften in gemeinsamem Beschluß zur Vorbedingung für die Durchführung des Abbaus gemacht hatten. Im großen Rückblick auf die bisher durchlebten Epochen des Weltkriegs tritt der 26. September 1923 neben den 11. November 1918. Die zweite Phase des Weltkriegs ist verloren, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Inmitten einer Welt, die keinen Stillstand und keine Wiedergutmachung kennt, müssen wir vorwärts sehen, ob nicht doch neue Kräfte noch brachliegen, die Deutschland in der letzten Kriegshandlung zum Schutz seines nackten Daseins ins Feld führen kann.

Militärisch ist das Ringen beendet, und wirtschaftlich haben wir die Kapitulation bereits angemeldet, wenn auch die wahre Not den meisten unserer Volksgenossen nach und nach erst sichtlich und fühlbar werden wird. Geblieben sind uns nur unwägbare nationale Kräfte, die wir vielleicht unter dem Begriff nationaler Widerstandsfähigkeit zusammenfassen können. Wieviel wir Deutsche von diesen unschätzbaren, mißachteten Kräften noch besitzen, ist freilich fraglich und mag Anlaß zu Streit und Zweifel geben. Nur glauben können wir und hoffen! Nur das Vertrauen auf ein Staatsvolk, das drüben jenseits der Zollgrenzen den Willen zum nationalen Leben festhält und mit diesem Lebenswillen die Zuversicht auf eine künftige Wiedervereinigung mit den ausgelieferten Volksgenossen als teuerstes Gut hütet, kann uns in diesen Tagen schützen und halten. Mit aller Offenheit müssen und wollen wir uns selbst darüber klar werden, daß wir den Krieg militärisch und wirtschaftlich unrettbar verloren, und daß nur der moralische Kampf um den Reichs- und Staatsgedanken diesseits und jenseits der neuen Grenze noch auszufechten ist.

Im altbesetzten Gebiet wie im Ruhrgebiet sind wir uns alle wohl über den Ernst der Lage einig. Aus den Erfahrungen der letzten vier Jahre aber wissen wir, wie ungeheuer schwer es ist, nun auch drüben im Reich die Teilnahme des ganzen deutschen Volkes dauernd für Rhein und Ruhr zu fesseln. Wohl spricht man hier wie dort von der Notwendigkeit, im alt- und neubesetzten Gebiet den „Irredentagedanken" zu pflegen, „bis spätere Zeiten vielleicht die Möglichkeit zur Wiedervereinigung schaffen". Gerade diese Anschauung aber, daß jenseits irgendwelcher Grenzen „unerlöste" Volksgenossen leben, setzt eine erste, äußerst schwere Verpflichtung voraus. Jeden einzelnen von uns im französischen Deutschland muß fortan mit den Landsleuten im freien und doch so geknechteten Deutschen Reich die Gewißheit verbinden, daß wir noch mitten im Kriege stehen, daß für „Völkerfrieden" und „Völkerversöhnung" erst dann Raum ist, wenn wir als freies Volk auf freiem Boden die Selbstbestimmung der Nation wiedererlangt haben. Bis dahin müssen und wollen wir mit moralischen Kräften den Kampf weiterführen, den wir militärisch und wirtschaftlich verloren, weil wir in beiden Phasen des Weltkrieges Heer und Wirtschaft vereinzelt fechten ließen und ihnen den Rückhalt eines siegesicheren Nationalbewußtseins entzogen. Nur in solcher Selbsterkenntnis können wir in die dritte Phase des gewaltigen Ringens eintreten. Nur dann werden Feldherren und Soldaten den Sieg erringen, wenn sie den Feind kennen und die innere Schwäche ihrer Stellung durch ungeschwächten Mut und durch ungebrochene Zuversicht — durch den Willen zu Reich und Staat ersetzen! **Hermann Coblenz.**

Der Kampf gegen die Minderheiten.

Ae. **Warschau**, 22. 10. (Eigenbericht.) Die Vertreter der Minderheiten Polens im Sejm sind an Schikanen durch die polnischen Behörden bereits gewöhnt. So wird die Immunität der Minderheitenabgeordneten von den polnischen Behörden nicht respektiert, worüber eine im Sejm eingebrachte Interpellation der deutschen Minderheit näher berichtet. Trotzdem erregte es in Kreisen der Minderheiten großes Aufsehen, als Ministerpräsident Witos vor dem Sejm eine Reihe der Minderheitsabgeordneten namentlich bezeichnete, gegen die von verschiedenen polnischen Gerichtsbehörden Anträge auf gerichtliche Untersuchung gestellt worden sind. Es befinden sich in dieser Liste, wie bereits kurz gemeldet, vierzehn ukrainische Abgeordnete, zwei weißrussische Abgeordnete und ein deutscher Abgeordneter, Landrat Naumann, dem der Grund für seine gerichtliche Verfolgung unbekannt ist.

Die deutsche Minderheit im Sejm hat diesem folgende Interpellationen vorgelegt:

1. Ueber wissentlich falsche Informationen der Ministerien durch die Unterbehörden. Die Interpellation verweist im besonderen auf die Fälle Janentz, Lemke, v. Koerber, wo durch Ausweisungen im Verwaltungswege den endgültigen Entscheidungen im Gerichtswege vorgegriffen werden soll.
2. Ueber Haussuchungen und Beschlagnahmungen von Schriftstücken in Arbeits- und Geschäftsräumen deutscher Abgeordneter. Die Interpellation verweist im besonderen auf das polizeiliche Eindringen in das Arbeitszimmer des Abgeordneten Graebe in Bromberg.
3. Ueber die ungleichmäßige Anwendung des Amnestiegesetzes gegenüber Redakteuren deutscher Nationalität.

Die neuen Notverordnungen.

Verordnung zur Sicherstellung des Warenumlaufs.

Vom 22. Oktober 1923.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 943) verordnet die Reichsregierung:

§ 1. Wer Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kleinhandel feilhält, ist verpflichtet, seine für die Abgabe dieser Waren bestimmten Geschäftsräume während der für Geschäfte dieser Art üblichen Verkaufszeit zur Abgabe von Ware geöffnet zu halten.

§ 2. Verkäufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Kleinhandel sind verpflichtet, ihre Waren gegen Entrichtung des Preises in Reichsmark abzugeben.

§ 3. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe.

§ 4. Von der zuständigen Behörde kann bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 und 2 der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt werden.

§ 5. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Wer es unternimmt, Geschäfte, Verkaufsstände oder sonstige Warenvertriebsstellen zu plündern, gewaltsam Waren wegzunehmen oder durch Androhung von Gewalt die Abgabe von Waren zu erzwingen, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus.

Mit gleicher Strafe wird bestraft, wer zu Handlungen der im Abs. 1 genannten Art aufreizt.

§ 7. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, für ausreichenden Schutz der Geschäfte, Verkaufsstände und sonstigen Vertriebsstellen für Gegenstände des täglichen Bedarfs Sorge zu tragen.

§ 8. Die obersten Landesbehörden sind befugt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen. Bestimmungen der obersten Landesbehörde auf Grund weitergehender Ermächtigungen bleiben unberührt.

§ 9. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt die Verbreitung durch das Wolffsche Telegraphenbureau in Berlin und die Veröffentlichung in der Presse.

Berlin, den 22. Oktober 1923.

Der Reichskanzler.
gez. Dr. Stresemann.
Der Reichswirtschaftsminister.
gez. Koeth.
Der Reichsminister der Finanzen.
gez. Dr. Luther.

Ausgabe von wertbeständigem Notgeld durch die Betriebe.

(W. T. B.) Zur Behebung der Schwierigkeiten, die sich infolge der Steigerung der Dollarkurse und der daraus hervorgegangenen Stockungen des Warenumlaufs ergeben haben, hat die Reichsregierung eine Anzahl einschneidender Verordnungen erlassen. Neben diesen Verordnungen betreibt die Reichsregierung die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel mit äußerstem Nachdruck. Um die Zeitspanne bis zur Ausgabe der Rentenmark auszufüllen, werden, wie schon bekanntgegeben, im großen Umfange kleine Stücke der Goldanleihe hergestellt und in Kürze ausgegeben. Ferner ist zur noch größeren Beschleunigung die Ausfertigung von Zwischenscheinen für bestimmte Zwecke in Vorbereitung. Die Regierung wird auch in allen geeigneten Fällen und unter den selbstverständlichen Bedingungen die Genehmigung erteilen, falls industrielle Werke von sich aus auf kurze Zeit wertbeständiges Notgeld ausgeben und wollen. Ueber die Einführung von Goldschecks von Banken wird verhandelt.

Die Börse am Montag hat wieder ergeben, daß die Devisenkurse lediglich gesprochen werden. Bei der maßgebenden Bedeutung, die die Devisenkurse für die gesamte innere Preisberechnung haben, sieht sich die Reichsregierung erneut zu

Eingriffen in die Kursfeststellung

gezwungen und hat deshalb die Vorschriften der Verordnungen über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse mit Aenderungen, die sich aus den seinerzeitigen Erfahrungen ergeben haben, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes für das ganze Reichsgebiet erneut in Kraft gesetzt. Die Verbreitung durch W. T. B. gilt als Verkündigung. Die Verordnung soll nur solange in Geltung bleiben, bis durch ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit wertbeständigen Zahlungsmitteln eine Beruhigung auf dem Waren- und Devisenmarkte eingetreten ist.

Die Inhaber der Geschäfte, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs feilgeboten werden, werden für verpflichtet erklärt, ihre Verkaufsräume werktäglich zu den üblichen Stunden zur Abgabe von Waren offen zu halten, sowie ihre Waren gegen Zahlung deutscher Reichsmark abzugeben. Auf die Zuwiderhandlungen dieser Vorschriften sind hohe Geld- und Freiheitsstrafen gesetzt. Außerdem kann die Verwaltungsbehörde die Schließung der Betriebe anordnen.

Gegen die Plünderung oder die gewaltsame Wegnahme sowie die durch Drohung erzwungene Herausgabe von Waren werden schwerste Strafen angedroht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Morgenausgabe.)

Der mangelnde Kohlenabsatz.

Eine Erwiderung des Reichskohlenkommissars.

In der Sonnabend-Morgen-Ausgabe gaben wir unter obiger Ueberschrift Auslassungen von Geh. Rat Klöckner wieder, die er gelegentlich einer Anfrage der Arbeitsgemeinschaft an die Staatsregierung, daß die Nachfrage nach Kohlen in den Bergwerksbezirken gewaltig nachgelassen habe, vor dem Preußischen Staatsrat gemacht hat. Ganz besonders scharf waren die Angriffe, die er gegen den Reichskohlenkommissar richtete. Wir haben daher Veranlassung genommen, den Reichskohlenkommissar, Herrn Geh. Rat Stutz, sich zu diesen Angriffen zu äußern, wobei bemerkt sei, daß wir unsererseits eine Stellungnahme vorbehalten. Einem Mitglied unserer Redaktion bemerkte Geh. Rat Stutz u. a.:

Der Klöckner-Konzern hat mir stets besondere Schwierigkeiten gemacht. Als in diesem Jahre infolge der Ruhrbesetzung die Steinkohlennot im unbesetzten Gebiet aufs höchste stieg und die gerechte Verteilung der Produktion der unbesetzten Ruhrzechen besonders notwendig war, überschritt der Klöckner-Konzern trotz aller Anmahnungen auf seinen eigenen Werken das von mir zugebilligte reichliche Soll und verminderte dadurch die für die Allgemeinheit verfügbar bleibenden Kohlenmengen weiter. Darauf habe ich schärfer zugreifen und die Zechen des Klöckner-Konzerns einer besonderen Kontrolle unterwerfen müssen. Diese Kontrollmaßregeln sind mir selbst wenig sympathisch; aber ich habe die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, und da die Klöckner-Zechen als einzige Zechen des unbesetzten Gebietes mir noch jetzt nicht freiwillig ihren Versand melden, muß ich die angeordneten Kontrollmaßnahmen noch aufrechterhalten.

Geheimrat Klöckner soll sich außer im Preußischen Staatsrat auch Mitgliedern des Reichskabinetts gegenüber — während meiner Abwesenheit — abfällig über die Einfuhr von Eisenbahnkohlen geäußert haben; in Westfalen wisse man nicht mehr, wohin mit den Kohlen. Hier wird immer übersehen, daß es eine Unzahl verschiedener Kohlensorten gibt und daß Ueberfluß an gewissen Sorten gleichzeitig mit Mangel an anderen Sorten vorhanden ist. Was an Lokomotivkohlen verfügbar ist, wird restlos der Reichsbahn zugeführt. In dem Maße, wie groß andere Verbraucherbetriebe ihre Kohlenbezüge infolge Zahlungsschwierigkeiten und aus anderen Gründen letzthin beschränkt haben, habe ich sofort die Zufuhr an Lokomotivkohlen bei der Reichsbahn verstärkt. Tatsächlich liegt auch keine Tonne Lokomotivkohlen auf den unbesetzten Ruhrzechen auf der Halde, auch nicht auf den Klöcknerzechen. Bis in die letzten Tage hinein hatten die Klöcknerzechen lediglich gewisse Mengen Fettfeinkohlen übrig, die für Lokomotivzwecke überhaupt nicht in Frage kommen. Uebrigens habe ich bereits vor einiger Zeit, als die Absatzschwierigkeiten bei den Ruhr-Randzechen begannen, den Hüttenzechen-Konzernen beliebige Belieferung ihrer angeschlossenen Werke über deren Kontingent hinaus für den Fall freigegeben, daß sie die ihnen sonst vorliegenden Aufträge erfüllt hätten. Da aber wegen des Rückganges der gesamten industriellen Tätigkeit vermutlich auch die Werke der Hüttenkonzerne jetzt weniger Kohle verbrauchen können, wird der Absatzmangel voraussichtlich auch bei den Hüttenzechen allmählich stärker werden.

Den Abbau meiner Behörde hatte ich übrigens schon Ende vorigen Jahres vorgesehen. Er ist lediglich während der Dauer der Ruhrbesetzung auf Weisung der Reichsregierung aufgeschoben worden und, wie gerade das Beispiel Klöckner zeigt, war ein Eingreifen des Reichskohlenkommissars während dieser Absperrung des Ruhrreviers vielfach noch sehr nötig. Nachdem der passive Widerstand aufgegeben worden ist, habe ich erneut den Antrag auf Abbau meiner Behörde gestellt, da die Lähmung des Wirtschaftslebens und die allgemeine Zahlungsunfähigkeit die Nachfrage nach Kohlen zurzeit derart verringert hat, daß behördliche Maßnahmen in der Kohlenverteilung nur noch in geringem Umfange nötig sind.

Aufwertung der Umsatzsteuer.

Auf Grund der Steueraufwertungsverordnung vom 11. Oktober 1923 und ihrer Durchführungsbestimmungen vom 13. Oktober 1923 regelt sich die Entrichtung der Umsatz- und Luxussteuer künftig folgendermaßen:

A. Vierteljahreszahlungen.

Steuerpflichtige, welche im Jahre 1922 nur bis zu 1,5 Millionen Mark Umsatz gehabt haben, können die ihnen für 1923 obliegenden Vierteljahreszahlungen für die ersten drei Vierteljahre noch bis einschließlich 25. Oktober 1923 mit dem ursprünglichen Papiermarkbetrage tilgen, für Rückstände aus dem ersten Halbjahr 1923 gelangen dabei die Zuschläge von 15 oder 30 % bezw. 400 usw. % zur Erhebung.

Vom 26. Oktober 1923 ab haben dagegen die Kassen die Steuerschuld aufzuwerten.

1. Für die Umsatz- bezw. Luxussteuer des 3. Vierteljahres 1923 ist der Goldwert der Steuersumme zu errechnen gemäß dem für den 30. September 1923 geltenden Umrechnungssatz (eine Goldmark gleich 31,9 Millionen Papiermark). Der Steuerpflichtige hat diese auf Goldmark umgerechnete Steuerschuld in Papiermark zu entrichten mit dem Vielfachen, das nach dem amtlich festgesetzten Goldumrechnungssatz am Tage der Zahlung gilt. Der Goldumrechnungssatz wird täglich auf Grund des amtlichen Berliner Dollarkurses vom letztvorhergehenden Börsentage neu festgesetzt und durch Aushang bei den Telegraphenanstalten sowie in der Tagespresse bekanntgegeben. Geht die Zahlung erst nach dem 31. Oktober 1923 ein, so werden vom 1. November 1923 ab Verzugszinsen von dem Goldmarkbetrage erhoben.

2. Die älteren Rückstände werden laut besonderer Vorschrift auf dem Goldwert des 1. September 1923 umgerechnet.

3. Künftig können diese Zensiten, denen weiterhin die vierteljährliche Abführung der Umsatzsteuer nachgelassen ist, für je ein abgelaufenes Vierteljahr ihre Schuld mit dem nach Maßgabe des steuerpflichtigen Umsatzes errechneten Papiermarkbetrage noch bis zum 7. des nächsten Monats begleichen (ohne Erhöhung). Je vom 8. ab ist aufgewertetet zu zahlen.

B. Monatszahlungen.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche 1922 mehr als 1,5 Millionen Mark Umsatz hatten, können die Umsatzsteuer aus den Umsätzen des Monats September 1923 noch bis zum 25. Oktober mit dem Papiermarkbetrage der Steuerschuld zuzüglich nur der 400 % Zuschlag tilgen, bezw. ältere Rückstände mit dem auf diese entfallenden Prozentzuschlag. Vom 26. ab ist die Umsatzsteuer dieser Pflichtigen einschließlich der älteren Rückstände nach den Grundsätzen wie zu A aufgewertet zu zahlen. Die Steuer aus den Umsätzen des Oktober 1923 können diese Zensiten bis einschließlich 7. November durch Zahlung des (unerhöhten) Papiermarkbetrages tilgen. Vom 8. November 1923 ab ist aufgewertet zu zahlen, vom 11. November 1923 ab unter Zurechnung der Verzugszinsen.

C. Die Steuerpflichtigen haben aber nicht bloß ihre Einzahlungen bei der Finanzkasse zu bewirken, sondern ferner auch die Verpflichtung, die Höhe ihrer Umsätze im abgelaufenen Steuerabschnitt dem Finanzamt ausdrücklich anzugeben. Dafür ist Frist zu A je für ein abgelaufenes Kalendervierteljahr bis zum letzten Tage des folgenden Monats, zu B für jeden Kalendermonat bis zum 10. des nächsten Monats. Gegen diejenigen, welche ihre Umsätze zu niedrig angeben, wird das Strafverfahren eingeleitet. Die Verpflichtung, im Januar 1924 bezügl. der allgemeinen Umsatzsteuer (jetzt 2 %) noch für das ganze Jahr 1923 die vorgeschriebene Jahressteuererklärung abzugeben, bleibt daneben bestehen.

D. Die monatlichen Durchschnittskurse für ausländische Währungen werden künftig je am 2. oder 3. des Monats durch den Reichsanzeiger und die Tagespresse bekanntgegeben.

Gesinnungsschnüffelei.

Zu unserem Artikel „Die Hetze gegen das Reichspensionsamt" vom 16. d. M. erfahren wir noch, daß dem Major von Holzwede bald nach Erscheinen der Hetzartikel in der Linkspresse vom Reichsminister des Innern (gez. Dr. Falck) gekündigt worden ist. Die beiden Angestellten, die das Schriftstück entwendet bezw. zu dessen Entwendung angestiftet haben, sind unbehelligt im Amt geblieben. Das Schriftstück — dessen Harmlosigkeit, auch vom republikanischen Standpunkt aus, wir nach eigener Prüfung feststellen können — ist übrigens nicht, wie wir irrtümlich berichteten, aus dem Schreibtisch des Herrn v. H., sondern aus der Schublade eines Kanzleiangestellten weggenommen worden.

Durch die vorgesetzte Behörde wird also, gewollt oder nicht gewollt, das Angebertum unterstützt. Der Referent dagegen, welcher den unrechtmäßigen Eingriff in fremdes Eigentum zur Anzeige gebracht hat, wird entfernt. Wir hoffen, daß sich der Reichstag oder die von ihm mit Vollmacht versehene Regierung baldigst mit den Zuständen in den Zentralbehörden des Reiches beschäftigen wird

Sozialpolitische Umschau.

Auf Grund § 1 Abs. 1 des **Ermächtigungsgesetzes** hat die Regierung eine **Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge unter dem 13. Oktober 1923** erlassen, die in finanzieller Hinsicht Organisation und Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge auf eine völlig neue Grundlage stellt. Während bisher nach der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge ausschließlich vom Reich getragen und auf zentralem Wege auf die einzelnen Gemeinden verteilt waren, sind nunmehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Aufbringung der finanziellen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge zum wesentlichsten Teile herangezogen worden. Die Verordnung geht von dem Grundsatz aus, daß in Zukunft jeder Bezirk eines öffentlichen Arbeitsnachweises selbst für die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge innerhalb seines Bezirks, unabhängig von Reich und Ländern, sorgen soll. An Stelle der bisherigen Zentralisation in der Erwerbslosenfürsorge ist also eine absolute Dezentralisation, abgestellt auf den Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises, getreten.

Auf dieser Grundlage soll in Zukunft der bei jedem öffentlichen Arbeitsnachweis auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes errichtete paritätisch besetzte Verwaltungsausschuß die Beiträge festsetzen, die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden zur Deckung des notwendigen Gesamtaufwandes für die Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des betreffenden Arbeitsnachweises aufzubringen haben. Dabei haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen Anteile, und zwar insgesamt vier Fünftel, die Gemeinden ein Fünftel für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge aufzubringen. Die Höhe der Beiträge wird in Bruchteilen der Beiträge zur Krankenversicherung festgesetzt, sie darf jedoch 20 % des Krankenkassenbeitrages nicht übersteigen. Es wird sich demnach also die Höhe, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer an Beiträgen für die Erwerbslosenfürsorge aufzubringen haben, richten nach dem Umfang der Arbeitslosigkeit in dem einzelnen Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises, und zwar in dem Sinne, daß die Wirtschaftskreise der Bezirke, die infolge ungünstiger Konjunktur unter stärkerer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, mehr Mittel aufbringen werden müssen als diejenigen Wirtschaftskreise in Bezirken, in denen die Wirtschaftslage günstiger und damit die Arbeitslosigkeit geringer ist. Daß dieser Zustand an sich unerfreulich ist und dem zweifellos gesünderen Gedanken einer allgemeinen gleichmäßigen Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft widerspricht, liegt auf der Hand; die technische Schwierigkeit aber, eine derartige zentrale Regelung in der durch die finanziellen Verhältnisse des Reiches gebotenen Eile durchzuführen, haben eine derartige vorübergehende Regelung in der Organisation der Aufbringung der Mittel notwendig gemacht. Der Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der zurzeit im Reichstage den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses unterliegt, und der nach wie vor trotz der jetzigen Verordnung beschleunigt verabschiedet werden soll, wird diese Frage endgültig lösen, und zwar auf dem Boden des oben angegebenen Gedankens der Zentralisation und damit der gleichmäßigen Belastung der deutschen Wirtschaft mit den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge.

Die Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 13. Oktober 1923 regelt lediglich die Frage der Finanzierung der Erwerbslosenfürsorge, ohne die Frage irgendwie zu erwähnen, unter welchen materiellen Voraussetzungen dem einzelnen Arbeitslosen ein Unterstützungsanspruch gewährt werden soll. Diese Frage ist vielmehr nach wie vor der insoweit in Kraft gebliebenen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 überlassen, die im wesentlichen für die Gewährung der Unterstützung Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit des einzelnen Arbeitslosen voraussetzt.

Die Höhe der Unterstützung, und zwar der vollen Unterstützung wie der Kurzarbeiterunterstützung, ebenso wie die Voraussetzungen, unter denen einem einzelnen Arbeitslosen die Unterstützung gewährt wird, setzt, dem Grundgedanken des Aufbaus der Verordnung folgend, der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises fest, er ist jedoch dabei an Richtlinien gebunden, die der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter aufzustellen hat

Die neue Verordnung tritt am 1. November 1923 in Kraft.

Beamtenabbau.

Am Montag haben im Reichsfinanzministerium die Besprechungen mit den Beamtenorganisationen über das Beamtenabbaugesetz begonnen.

Bei den Besprechungen konnte festgestellt werden, daß seitens der Beamtengewerkschaften durchaus Verständnis für die trostlose finanzielle Lage des Reiches besteht und daß man auch in diesen Kreisen der Notwendigkeit einer Einschränkung des Beamtenkörpers Verständnis entgegenbringt.

Großstädte ohne Straßenbahn

Von

Siegfried Hartmann.

Wir leiden in der Gegenwart unter der Trennung von Wohnung und Berufsstätte. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese Trennung an sich durch die ganze Entwicklung unserer Kultur- und Wirtschaftsmethoden wohl begründet ist. Aber wenn wir schon aus guten Gründen davon abgekommen sind, nach der Art des mittelalterlichen Handwerks Wohnung und Arbeitsstätte in den Städten unmittelbar zu verbinden, so sprechen keinerlei gute Gründe dafür, daß wir Berufsstätten und Wohnung so stark voneinander getrennt haben, wie das in der Gegenwart der Fall ist.

Als Techniker bin ich mir sehr wohl bewußt, daß gar manche Fabriken mit lästigem Lärm, manche auch mit unangenehmer Geruchsentwicklung verknüpft sind. Es ist mir auch klar, daß bei einigen wenigen Arten wir heute noch keine Möglichkeit haben, die von ihnen ausgehenden Belästigungen der Nachbarschaft auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Das aber sind Ausnahmen. In den letzten 30 Jahren hat sich der Charakter der Fabrik völlig geändert. Die meisten unserer gewerblichen Arbeitsstätten, von Handelsunternehmen ganz zu schweigen, lassen sich in einer Weise gestalten, daß sie die Umgebung nicht verunzieren. Die meisten Fabrikneubauten der letzten Jahrzehnte liefern den schlüssigen Beweis hierfür. Sie brauchen weder „schwarze Mauern" zu haben, noch „qualmende Schlote". Es liegt gar kein vernünftiger Grund vor, sie wie Aussätzige zu behandeln und in bestimmte „Fabrikviertel" oder „Industrieviertel" zu verweisen und die Wohnungen der Bürger so weit wie möglich von ihnen zu trennen.

Dieser Gedankengang hat aber jahrelang den Städtebau beherrscht, und beherrscht ihn noch heute. Das ist eine der größten Torheiten, die das lebende Geschlecht sich muß auf sein Konto schreiben lassen. In dieser fixen Idee liegt die Ursache für folgenschwere Schädigungen mannigfacher Art, denen wir heute fast ratlos, jedenfalls tatenlos gegenüberstehen. Das großstädtische Verkehrswesen, auf das so viele so stolz sind, ist künstlich gezüchtet worden. Man hat Straßenbahnen und dergleichen von einem Stadtende zum anderen gebaut, damit auf diese Weise die Ueberbrückung der erst künstlich geschaffenen Entfernung einigermaßen erträglich wird.

Millionen Menschen müssen jetzt die Sünden der Väter dadurch büßen, daß sie Tag für Tag ihres Lebens eine halbe, eine ganze Stunde, ja mitunter noch länger in einem vollgepfropften Verkehrsmittel in schlechter Luft zubringen müssen. Ein erheblicher Teil der uns zur Verfügung stehenden Zeit wird auf diese Weise sowohl der Arbeit wie auch der Erholung entzogen. Man fragt sich, ob das vernünftig ist, ob man so etwas Kulturfortschritt betiteln darf.

Ergebnis: die starke räumliche Trennung von Wohnung und Berufsstätte, die für den ganzen modernen Städtebau und Siedlungsbau kennzeichnend ist, bedeutet eine Verminderung der Lebensfreude, eine Verschwendung von Zeit und Geld für alle Betroffenen.

Vor mir liegt eine Broschüre von Dr.-Ing. Erich Gloeden, betitelt: „Die Inflation der Großstädte und ihre Heilungsmöglichkeiten". (Verlag des Zirkel in Berlin.) Sie gehört zu dem Besten, was ich über die Frage gelesen habe. Ich sage damit nicht, daß ich mir ihre Ausführungen in allen Teilen zu eigen mache. Der Verfasser hat sich aber das Verdienst erworben, in klarer Sprache die großen Gesichtspunkte scharf herauszuheben, die uns bei der Lösung der Wohnungsfragen leiten müssen. Vor allem besitzt er den Mut, gegen fest eingewurzelte Anschauungen anzugehen. Er führt den Beweis, daß es notwendig ist und daß es möglich ist, Städte zu bauen ohne die uns allen unentbehrlich dünkende Fülle von städtischen Straßenverkehrsmitteln. Seine Stadtsiedlungen haben keine Straßenbahn, keine Omnibuslinien, ihre Bewohner gehen, soweit sie gesund sind, normalerweise zu Fuß wie unsere Großväter. Der moderne Mensch wird sofort bereit sein, das als Rückschritt zu bezeichnen, weil er die Entwicklung der modernen Straßenverkehrsmittel als einen großen Fortschritt anzusehen gewohnt ist, da er nicht erkennt, daß sie lediglich ein notwendiges Uebel sind, entwickelt, um die im Städtebau der letzten Jahrzehnte begangenen schweren Fehler einigermaßen erträglich zu machen.

Leider lassen sich die so geschaffenen Verhältnisse nicht von heute auf morgen ändern. Wohl aber liegt es in unserer Hand, die Fortsetzung der als falsch und schädlich erkannten Baupolitik zu verhindern. Gloeden macht positive Vorschläge, die ich im wesentlichen für wohldurchdacht und praktisch durchführbar halte. Auf die Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen, ja ich tue es absichtlich nicht, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß bei Bekanntgabe von Detailplänen sich die Diskussionen sofort an irgendeine nebensächliche Einzelheit anklammern. Gloeden sieht einen völligen Neubau der Städte vor. Wenigstens kann er so verstanden werden, und dem möchte ich im Interesse der Richtigkeit und Wichtigkeit der grundlegenden Idee vorbeugen.

Diese lautet: Jeder Bürger soll so wohnen, daß er in höchstens 15 Minuten Fußmarsch von der Wohnung zu seiner Arbeitsstätte gelangen kann. Das ist das Wichtige. Es fragt sich nun: Läßt sich diese Forderung allgemein erfüllen? Bei Neubau von ganzen Städten unbedingt. Aber auch in vorhandenen Städten? Vollständig nicht. Doch mit mehr oder minder großer Annäherung. Und das ist das, was ich vor allem hinzufügen möchte; wir müssen heute alle unsere Reformvorschläge evolutionär einstellen, wenn die Möglichkeit der Erfüllung bestehen soll. Gerade das ist der Vorwurf, den ich so vielen klugen und wohlmeinenden Reformatoren nicht ersparen kann: sie lassen ihren Ideen allzu sehr die Zügel schießen und vergessen darüber zu sagen, wie wir uns aus dem Bestehenden das Bessere entwickeln können.

Im vorliegenden Falle wird es vor allem darauf ankommen, die gesamten Bebauungspläne der Städte so rasch wie möglich einer durchgreifenden Umgestaltung zu unterziehen, ehe das große Neubauen beginnt. Das fast überall an den Grenzen des Stadtkernes eingestreute, unbebaute Gelände muß so unterteilt werden, daß in der Nähe der Fabrikviertel gesunde Wohnungen mit Luft und Licht und etwas Gartenfläche angelegt werden und umgekehrt in den sogenannten Wohnvierteln gewerbliche Arbeitsstätten erbaut werden können, soweit diese nicht zu den obenerwähnten belästigenden Ausnahmen gehören.

Ganz allgemein aber muß der Gedanke aufgegeben werden, weit draußen in den entfernten Vororten Siedlungen anzulegen. Alle Neubauten müssen so nahe wie möglich am Stadtkern angelegt werden, ohne dabei, und das ist nicht minder wichtig, wieder in die enge Mietskasernenbauart zu verfallen. Man wird auf viele in den Bebauungsplänen vorgesehene besonders breite Straßen, öffentliche Plätze und dergleichen verzichten können, und den so gewonnenen Raum für Nutzgärten den Wohnhäusern angliedern.

Selbstverständlich werden dadurch die Verkehrsmittel nicht überflüssig. Sie werden in gewissem Sinne sogar an Wirtschaftlichkeit gewinnen, weil sie nur noch für den normalen Durchschnittsverkehr untertags eingerichtet zu werden brauchen und nicht mehr für den höchst unerwünschten und sehr unwirtschaftlichen Berufsverkehr, der zu Arbeitsbeginn kurze Zeit in der einen und zum Arbeitsschluß ebenso kurz in der entgegengesetzten Richtung flutet.

Rudolf Krasselt, der frühere erste Kapellmeister am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg, ist als Generalmusikdirektor und Operndirektor mit nahezu unbeschränkten Vollmachten an das Städtische Opernhaus in Hannover berufen worden.

Bruno Walter wird am 27. Oktober, nachm. 3½ Uhr, mit Wiederholung am 28. Oktober, vorm. 11½ Uhr, Händels Oratorium „Samson" im Großen Schauspielhause dirigieren. Die Solopartien werden von Lotte Leonard, Pauline Dobert, Martin Oehman und Otto Helgers ausgeführt. Mitwirkende sind: die gesamte Kapelle der Berliner Staatsoper, Frauen- und Männerchor der Berliner Staatsoper (Dirig. Prof. Hugo Rüdel), der Berliner Cäcilien-Chor (Dirig. Dr. Heinz Unger), der Clara Krausesche Frauenchor (Dirig. Clara Krause), der Frauenchor des Mengeweinschen Oratorienvereins (Dirig. Fritz Krüger), Mitglieder des Berliner Lehrergesangvereins (Dirig. Prof. Hugo Rüdel). An der Orgel Prof. Albert Fischer. Die Gesamteinstudierung der Chöre erfolgt durch Prof. Hugo Rüdel. Insgesamt etwa 1000 Mitwirkende.

Auch eine Theater-„Vorstellung"! Im Wismarer Stadttheater ereignete sich vor kurzem folgendes Begebnis: Der sonst kaum zur Hälfte besetzte Zuschauerraum war zum ersten Male bis zum letzten Platz ausverkauft. Als die Vorstellung beginnen soll, erscheint der Direktor auf der Bühne und verkündet: Das Künstlerpersonal sei in den Streik getreten und würde nicht eher wieder auftreten, bis ein von ihm entlassener Regisseur wieder eingestellt sei. Inzwischen hatte sich das gesamte Bühnenpersonal auf der Bühne eingefunden, und es entwickelte sich ein Hinüber und Herüber von Bühne und Zuschauerraum, was zu machen sei. Von der Bühne herab wurde der Vorschlag gemacht, auf eigene Faust zu spielen, was aus dem Zuhörerraum als nicht rechtsgültig widerlegt wurde, da nur der Direktor Verfügungsrecht im Theater besitze. Ein Besucher regte schließlich an, die Besucher möchten auf die Herauszahlung des Eintrittsgeldes verzichten und die Einnahme den Bühnenleuten überlassen. Dieser Vorschlag fand allgemein Zustimmung und wurde ausgeführt. Damit hatte die „Vorstellung" ihr Ende . . .

Der Wiesbadener Museumsdirektor Prof. Dr. Ritterling, der langjährige Leiter des nassauischen Landesmuseums, ist von seinem Posten zurückgetreten. Damit verliert nach der Wiesbadener Galerie, deren Direktoramt schon seit einiger Zeit unbesetzt ist, auch die andere Wiesbadener Sammlung ihren Leiter.

Eine amerikanische Sängerin unterstützt deutsche Professoren. Für die Professoren und Dozenten der Universitäten von Berlin, München und Wien sang die berühmte Altistin Frau Charles Cahier an Bord des Dampfers „Resolute" auf ihrer Ueberfahrt nach Amerika. Der Ertrag des Konzertes betrug 1000 Dollar.

Die neue Leitung der Kasseler Kunstakademie. Das Lehrerkollegium der Kasseler Kunstakademie hat jetzt nach der neuen Kollegialverfassung die erste Wahl seines Leiters vorgenommen. Gewählt wurde der Architekt Hans Soeder, der erst vor kurzem an die Akademie berufen worden ist und als Leiter der Architekturklasse neuzeitliche Ideen besonders im Siedlungsbau vertritt. Zu seinem Stellvertreter wurde der Maler Ewald Dülberg gewählt. Der frühere Leiter der Akademie, der Maler Prof. Karl Banter ist in den Ruhestand getreten.

Deutsche Kunst in Rom. Das Mitglied des Senats der Akademie der Künste in Berlin Professor Amersdorffer ist, wie „Giornale d'Italia" vermeldet, in Rom eingetroffen, um die Ordnung und Aufstellung der deutschen Abteilung in der bevorstehenden Ausstellung zu überwachen. Deutschland wird hier einen geschlossenen Ueberblick über die Entwicklung der künstlerischen Bewegung in den letzten siebzig Jahren bieten. Auch die deutschen Privatsammlungen beteiligen sich durch Entsendung von Bildern an der Ausstellung.

Wiener Theater. Aus Wien wird gemeldet: Vier Wiener Bühnen, das Akademie-Theater, das Redoutensaal-Theater, das Schönbrunner Schloß-Theater und der Wiener Konzerthaussaal sollen der Burgtheaterdirektion angegliedert werden. Durch einen Vertrag mit der Wiener Konzerthausgesellschaft hat sich die Burgtheaterdirektion den Großen Konzerthaussaal gesichert. Nach Durchführung des vorstehenden Aktionsprogramms werden die Mitglieder des Burgtheaters an fünf Wiener Bühnen gleichzeitig tätig sein. — Bei der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland üben die Wiener Theater auf die reichsdeutschen Schauspieler eine starke Anziehungskraft aus. Bei den Wiener Theaterdirektionen laufen in der letzten Zeit massenhaft Anträge auf Engagements und Gastspiele ein, darunter von prominenten Darstellern erster deutscher Bühnen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Direktion des Wiener Burgtheaters einigen dieser Anträge Folge geben. —

Ein zeitgemäßes Scherzwort. Der österreichische Kanzler Seipel, der sich kürzlich auf einer Agitationsreise für die Wahlen befand, erzählte in einer seiner Reden einen Vorfall aus der Zeit, da die Krone immer tiefer stürzte, und das beständige Steigen der Preise die Bevölkerung zur Verzweiflung brachte. Er empfing damals eine Abordnung von Frauen im Parlamentshaus. Eine der Frauen schrie ihm wütend zu: „Wenn Sie heute morgen auf dem Markt gewesen wären, hätten wir Sie aufgehängt!" Worauf der Kanzler, sie aus seinen großen runden Brillengläsern freundlich und ruhig anblickend, erwiderte: „Aber, meine liebe Frau, dadurch würde das Brot auch nicht billiger geworden sein."

Der Kampf gegen die Berufskrankheiten. An der Staatlichen Hochschule für Musik ist eine ärztliche Beratungsstelle eingerichtet worden, in denen Hochschüler bei Berufskrankheiten unentgeltlich beraten werden. Die Beratungsstelle leitet Herr Dr. med. Kurt Singer, der auch Vorlesungen über Grenzgebiete der Musik und Medizin abhalten wird. Zu den Vorlesungen können Hospitanten zugelassen werden

Geh. Rat Richard Pietschmann, der ord. Prof. der Bibliothekswiss. und Aegyptolog. an der Göttinger Universität, früher langjähriger Direktor der Universitätsbibliothek, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war ord. Mitglied der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften und Vorsitzender der Prüfungskommission für die bibliothekarische Fachprüfung in Preußen.

Hochschulnachrichten. Der Honorarprof. an der Univ. Marburg, Oberstudiendir. Dr. Ernst Otto, Dir. des Realgymn. und der Oberrealsch., hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der Pädag. an der Deutschen Univ. in Prag als Nachfolger des verstorb. Prof. W. Toischer erhalten. Prof. Otto war früher Oberlehrer an der Herder-Schule in Charlottenburg, wurde 1913 Dir. am Realgymn. in Berlin-Reinickendorf, von wo er Ostern 1922 nach Marburg übersiedelte.

Das durch die Uebersiedlung des Prof. R. Reinhardt nach Leipzig erledigte Ord. der Tierhyg. und Tierpathol. an der Univ. Rostock ist dem Oberregierungsrat im Reichsgesundheitsamt in Berlin-Dahlem Dr. Hermann Zeller angeboten worden.

Führung in der Juryfreien Kunstschau. Herman Sandkuhl veranstaltet am 25. Oktober, 11 Uhr, eine Führung durch die Ausstellung. Karten an der Kasse und bei Twardy, Potsdamer Straße 12.

Carmen rediviva.

Staatsoper.

Neun Monate ist es her, daß Bizets „Carmen" infolge der Ruhrbesetzung von deutschen Bühnen nicht mehr aufgeführt wurde. So selbstverständlich diese Maßnahme als spontane Folge einer gerechten Entrüstung unsres Volkes war, so bedauerlich war sie in künstlerischer Hinsicht. Gerade „Carmen", diese Oper aller Opern, läßt sich ja durch nichts ersetzen, und es gibt wohl keine Opernbühne der Welt, die ohne sie auskommen könnte. Und endlich: der arme, unglückliche Georges Bizet, der das völlige Fiasko seines am 3. März 1875 in Paris ausgepfiffenen (!) Meisterwerkes kaum ein Vierteljahr überlebte, ist doch wirklich daran unschuldig, daß Herr Poincaré an der Ruhr sitzt.

Nun hat die Staatsoper „Carmen" wieder in ihren Spielplan aufgenommen, und ein völlig ausverkauftes Haus begrüßte das lang entbehrte Werk mit einer Begeisterung, die schier grenzenlos war. Dabei konnte man nicht sagen, daß die Qualität der Aufführung diese Begeisterung durchaus gerechtfertigt hätte. Erich Kleiber am Pult fand sich erst langsam in die Atmosphäre der Musik hinein, vor allem den ersten Akt zerpflückte er zu sehr durch mancherlei Finessen, die zwar an sich sehr reizvoll waren, aber den Fluß des Ganzen empfindlich hinderten. Erst vom Auftritt des Escamillo an, den Michael Bohnen, herrlicher als je singend, mit großer darstellerischer Kraft gestaltete, kam er in das rechte Tempo, das er dann bis zum Schluß mit federnder Energie durchhielt. Carmen war Barbara Kemp, wenn man auch fühlt, daß ihr diese Partie bei weitem nicht so günstig liegt wie z. B. Mona Lisa oder Salome, so muß man doch sagen, daß sich ihre große Persönlichkeit auch diesmal mit einer vehementen und überzeugenden Kraft durchsetzte. Die Carmen, die Bizet meint, ist sie allerdings nicht, sie überspitzt, vor allem im ersten Akt manches im Ausdruck und bringt auf nicht jene Naivität auf, die der Carmen eigentlich zugehört. Der Don José war bei Carl Günther in guten Händen; er sang sehr schön und frisch und hatte besonders am Schluß schauspielerisch sehr starke Momente. Das Publikum war, wie gesagt, sehr begeistert. Die Hauptdarsteller mußten mit Kleiber zusammen wohl an die zwanzig Mal vor dem Vorhang erscheinen. Schrenk.

★

Im Anschluß an unsern im heutigen Morgenblatt erschienenen Bericht über die Aufführung der „Götterdämmerung" in der Staatsoper erhalten wir die Mitteilung, daß die Darstellerin der Brünnhilde, Frida Leider, zu Beginn der Vorstellung wegen starker Indisposition um Nachsicht gebeten hatte. Unser Referent konnte davon nichts wissen da er durch anderweitige dienstliche Verpflichtungen verhindert war, dem Anfang der Vorstellung beizuwohnen.

Aus den Theatern. Zu der am 2. November am Schauspielertheater stattfindenden Erstaufführung von Marlowes „Eduard II." werden die Dekorationen nach Entwürfen von Karl-Heinz Martin und Antonius Flüeler angefertigt. Die Kostüme werden nach Entwürfen von Antonius Flüeler hergestellt.

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 23. Oktober 1923.

Die Burgstraße.

„Wie wird die Börse heute werden?“ Vom Portier bis zum Milliardär höre ich diese Worte . . . nervös und manchmal hastig gesprochen. Irgend etwas wie Spannung liegt über Berlin; etwas unausgesprochen Lauerndes . . . Die Luft ist mit Kurselektrizität geladen; Wolkengruppen hängen bleiern und dickschwadig zusammen . . . eine Fusion von schweren Montanaktien schwebt über uns wie das wuchtigste Gewitter . . . wir denken, wir fühlen, wir kombinieren, wir fusionieren, wir spekulieren . . . . 11 Uhr . . . . 12 Uhr . . . . 12½ Uhr . . . . Hochspannung!

Feste Kurse. . . .

Fest? Schwach? Behauptet? Lustlos?

Ein befreiender Seufzer: die Börse ist fest und lebhaft. Tausende von Menschen lächeln wie befreit vom Schmerz: der Portier, die Waschfrau, der Kunstmaler, der Bankier, der Lehrer, die Tippdame, der Großspekulant. Selbst die Käufer lächeln, die morgen vielleicht traurig blicken. Die Autos rasen . . . denn die Börse verkehrt in strammer Haltung; die jungen Damen essen zweimal verbotene Schlagsahne, denn Lorenz und Muldenthal steigen.

Der Lehrling aber schreibt einen Rohrpostbrief seiner geliebten kleinen Martha . . . heute fährt er mit ihr in Gottes schöne Natur hinaus, der Genießer!

2½ Uhr . . . die Börse schließt schwach: politische Nachrichten und dies und das und das und dies . . .! Verfluchte Burgstraße: Schlagsahne, Auto, Rohrpost . . . Welch eine falsche Spekulation. Die Kursdame in der Burgstraße ist im höchsten Grad hysterisch: sie müßte in eine Nervenheilanstalt gebracht werden. E. H. St.

Der Fernsprecher in den Schulen.

Der Berliner Magistrat hatte für das Rechnungsjahr 1923 aus Ersparnisgründen die Beseitigung aller Fernsprechanschlüsse in den höheren Lehranstalten der Stadt angeordnet. Es haben sich aber infolgedessen bald Mißstände und Erschwerungen des Dienstes und des Schulbetriebes ergeben, so daß die Stadtverordnetenversammlung eine Nachprüfung beschloß. Der hierfür eingesetzte Stadtverordnetenausschuß ersucht jetzt den Magistrat, den Fernsprechanschluß an allen Schulen zu belassen oder neu einzurichten, bei denen nachgewiesenermaßen dadurch eine Verbilligung des dienstlichen Verkehrs mit dem Be[illegible]schulausschuß oder der Deputation zu erreichen ist.

Die erste Frau in der Handwerkskammer.

An Stelle des verstorbenen Schneidermeisters Hennig ist in der zweiten Abteilung der Gewerbevereine in Berlin Frau Anna Biermann in Berlin als Ersatzmann eines Mitgliedes der Handwerkskammer bis zum Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode gewählt worden. Damit tritt zum ersten Male eine Frau in die Handwerkskammer zu Berlin ein.

Sabotageakt auf der Hamburger Eisenbahnstrecke.

Aus Hamburg meldet uns ein Eigenbericht. Auf der Hamburg—Lübecker Strecke sind in der vergangenen Nacht von einer Bande die Geleise aufgerissen worden. Ein Zugunfall ist aber noch rechtzeitig verhindert worden. Von Lübeck kommende Reisende mußten zu Fuß ihren Marsch nach Hamburg fortsetzen. Hierbei trafen sie unbewaffnete Postenstellungen, deren Charakter nicht festzustellen war. Es sind Polizeikräfte abgesandt, um dem verbrecherischen Vorhaben Einhalt zu tun und die Täter dingfest zu machen.

Das Reisegepäck des Polarforschers.

Fritjof Nansens Reisegepäck, das, wie berichtet, am 4. Oktober bei Bitterfeld gestohlen wurde, ist durch die Bitterfelder Kriminalpolizei wieder aufgefunden worden. Die Gegenstände hatten die drei Diebe unter sich verteilt; sie konnten nur mit großer Mühe wieder herbeigeschafft werden. Als Täter sind drei Arbeiter aus Bitterfeld ermittelt und festgenommen worden.

Freier Wohnungstausch.

Durch das neue Wohnungsmangelgesetz ist der Wohnungstausch unter folgenden Voraussetzungen grundsätzlich freigegeben: Die Tauschparteien müssen im Besitze selbständiger benutzter Wohnungen sein und entweder vor dem 1. Januar 1914 in Deutschland ihren Wohnsitz gehabt haben oder deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene sein. Dem Tausch müssen die Vermieter schriftlich zugestimmt haben. Verweigert ein Vermieter die Zustimmung, so kann sie von dem Mieteinigungsamt ersetzt werden. Die Tauschparteien haben zwar auch beim Vorliegen dieser Voraussetzungen noch die Genehmigung des Wohnungsamtes nachzusuchen. Dies hat jedoch lediglich zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Ist dies der Fall, so muß es die Genehmigung erteilen. Erhalten die Tauschparteien innerhalb 14 Tagen von dem Wohnungsamt keinen Bescheid, so gilt die Genehmigung als erteilt. Das Wohnungsamt ist nicht mehr berechtigt, den Tausch mit der Begründung zu versagen, daß bei Durchführung des Tausches eine Tauschpartei eine zu große Wohnung erhalten würde.

Verhaftete Aufwiegler.

Zu den Plünderungen und Plünderungsversuchen, die auch gestern wieder von vielen Stellen der Polizei gemeldet wurden, wird mitgeteilt, daß es in mehreren Fällen gelungen ist, die Anstifter und Hetzer zu ermitteln und festzunehmen. Insbesondere auch die, die anstehende Frauen aufwiegelten. Fliegende Trupps von jungen Burschen zerstreuten sich regelmäßig und entkamen, sobald die grüne Polizei erschien. Diese Trupps hatten es vielfach auf Bäckerwagen abgesehen, die von außerhalb nach Berlin Brot liefern. Sobald sie Miene machten Brot zu rauben, schlugen die Kutscher und Begleiter meist auf die Pferde ein und jagten unter Gejohle der Rotten davon. Aber auch ohne Aufhetzungen herrschte gestern abend vor vielen Bäckerläden Erregung, weil das Publikum durch die sprunghafte Steigerung des Brotpreises stark beunruhigt ist. Die Bäckerläden waren vielfach schon um sechs Uhr und zum Teil noch früher geschlossen. Werktätige Männer und Frauen, die bis abends beschäftigt sind, konnten vielfach kein Brot mehr bekommen. Das führte natürlich zu Aufregungen und Geschimpfe vor den Läden.

Auch der frühe Schluß der übrigen Lebensmittelgeschäfte, der an sich mit der Ersparung von Beleuchtung wohl erklärlich ist, hat für die werktätige Bevölkerung auch seine Schattenseiten. Für heute steht die Schutzpolizei wieder in erhöhter Bereitschaft zur Sicherung besonders der Markthallen usw., namentlich gegen den jugendlichen Janhagel, der sich auch wie immer in solchen Zeiten auch jetzt wieder breit macht, und wie beobachtet ist, auch Brot stiehlt und raubt, um es nachher in den Kaffeeklappen und ähnlichen Lokalen zu verkaufen.

Sicherung gegen Notenfälschungen.

Wie erkennt man Fälschungen? — Ein neuer Sicherheitsdruck.

Das Nachahmen von Banknoten ist in unserer Zeit zu einem recht einträglichen Gewerbe geworden. Denn der Massendruck von Papiergeld in täglich wechselnden Formen und Farben erleichtert den unverantwortlichen Notenausgabenebenstellen ihre Tätigkeit ungemein. Ist es doch heute fast unmöglich, jede Banknote genau auf ihre Echtheit zu prüfen. Besonders aber sind es die Banknoten der Länder mit „Edelvaluta“ wodurch die Fälscher zur Nachahmung angereizt werden. Nicht nur Schweizer Franken, englische Pfundnoten, auch Dollarscheine werden in letzter Zeit vielfach gefälscht, und es verlohnt sich deshalb auch auf ein neues Verfahren hinzuweisen, das außerordentlich einfach ist um Fälschungen von Banknoten und anderen Wertpapieren zu verhindern. Der Kampf gegen die Wertpapierfälschungen ist alt, aber gegenüber den einfachen Hilfsmitteln, die den ersten Assignatenfälschern zur Verfügung standen, hat sich die Rüstkammer des modernen Papiergeldfälschers in dem gleichen Maße vervollkommnet, wie überhaupt die Drucktechnik fortgeschritten ist.

Vor mehr als einem Menschenalter führte die deutsche Reichsschuldenverwaltung als neues Mittel gegen Fälschungsversuche das besondere mit farbigen Kokosfasern durchsetzte Papier ein. Trotzdem das Wilcox-Patent auf dem die Einlagerung dieser Kokosfasern beruht, niemals veröffentlicht worden ist und sofort von der Reichsregierung für ihre Zwecke beschlagnahmt wurde, haben die Fälscher es doch sehr bald verstanden, namentlich bei Herstellung von Büttenpapier, die Einlagerung gefärbter Fasern in die Papiermasse in täuschend ähnlicher Weise wie auf dem echten Banknotenpapier zu erreichen. Aber da es sich dabei um Büttenpapier handelt, ist dieses Papier gegen Reißen und Knittern ganz erheblich weniger widerstandsfähig als das echte Banknotenpapier. Dazu kommt, daß es sehr selten aus reinen Hadern, also Leinen- und Baumwollumpen, hergestellt ist, sondern daß es natürlich im Hinblick auf die vom Fälscher unter allen Umständen zu erreichende Billigkeit fast durchgängig Holzschliff enthält. Ein Tropfen mit Salzsäure angesäuerte Fluorglucinlösung oder sonst ein Reagens auf Holzschliff zeigt sofort durch kräftige Färbung des mit dem Reagens betupften Papiers den Holzschliffgehalt und damit die Unechtheit der ganzen Banknote an.

Ende des vorigen Jahrhunderts ging dann die Reichsbank und die Reichsschuldenverwaltung weiter und brachte neben den Wilcox-Fasern Wasserzeichen im Papier an, und zwar nicht nur die gewöhnliche beliebte Musterung, sondern ganze bildliche Darstellungen. Aber auch diese Sicherung widerstand auf die Dauer dem Fälschergeschick nicht unbedingt. Die Fälscher lernten bald das Wasserzeichen durch Trockenpressung oder durch Fettdruck nachzuahmen. Wer allerdings das echte Wasserzeichen mit einem solchen Pseudowasserzeichen einmal verglichen hatte, wird sich nicht haben täuschen lassen. Die Leute jedoch, die falsches Papiergeld in Umlauf bringen, wählen sich erfahrungsgemäß die Dämmerstunde in dunklen Läden und nehmen so sparsamen Geschäftsleuten die Möglichkeit, solche Wasserzeichen gegen helles Licht zu betrachten.

So weit die Sicherungen, die im besonderen Banknotenpapier gesucht worden sind. Weitergehend wurden und werden fortgesetzt Sicherungen durch besondere Drucktechnik versucht. In erster Linie diente für die höheren Banknotenwerte der Kupferdruck. Da den Fälschern der Regel nach der Kupfertiefdruck zu teuer wird, benutzen sie entweder Steindruck oder, wenn sie fortgeschrittener sind, eine reichere Apparatur zur Verfügung haben, Lichtdruck. Beide Flachdruckarten aber unterscheiden sich vom Kupferdruck dadurch daß die Farbschicht überall gleich stark ist, während beim Kupfertiefdruck die Farbschicht in den tiefen Schatten dicker, in den Halbtönen dünner und in den feinsten Tönen schließlich ganz dünn ist. Bei genauerer Betrachtung ist also ein Kupferdruckgeldschein, wie z. B. die alten Hundertmarkscheine, ein Relief, die Nachahmung in Lithographie oder Lichtdruck wird dagegen, abgesehen von der bei dieser Flachdrucktechnik leichter auftretenden Verschwommenheit, ein solches Relief nicht zeigen. Die Drucktechnik wird auch dadurch schwieriger, daß man von zwei oder mehr Platten druckt. Eine Unterdruckplatte mit sehr feiner, regelmäßiger und verwickelter Zeichnung (Rosetten, fortlaufende Muster usw.) als sogenannte Guillocheplatte, die als Unterdruck unter die Zeichenplatte gedruckt wird. Der Unterdruck ist in der Regel Buchdruck. Der Fälscher, der sich solche Unterdruckplatte photographisch herstellen kann, hat bei seiner Tätigkeit keine schwere Aufgabe. Da müssen andere Sicherungen herhalten, insbesondere charakteristische Farben.

Hier setzt der Sicherheitsdruck ein, ein Verfahren, das jetzt in Deutschland und im Auslande durch Patente geschützt ist. Der Zweck der Erfindung besteht darin, die Reproduktion der farbigen Banknote auf photographischem Wege unmöglich zu machen. Dieser Zweck wird dadurch erreicht, daß die Muster (Bild und Untergrund) ganz oder teilweise aus solchen Farben oder Farbenkombinationen bestehen, daß aneinanderstoßende oder einander überdeckende Teile des Musters bei der photographischen Wiedergabe mit oder ohne Farbenfilter keine oder nur geringe Helligkeitsunterschiede ergeben. Dabei ist es keineswegs nötig, die ganze Banknote in Sicherheitsdruck auszuführen, es genügt, wenn ein Teil damit versehen wird, z. B. ein Rand, eine Leiste, eine Ecke usw. Die Zeichnung des Druckmusters muß aus mehreren, mindestens zwei Farben bestehen, die in ihren Helligkeitswerten annähernd gleich sind. Die Guilloche kann dann nicht mittels Photographie reproduziert, also nicht in einzelne Farbenplatten zerlegt und gedruckt werden. Mit der Hand können aber solche feinen Unterdruckplatten nicht hergestellt werden. Ebensowenig vermag man sie auf einer Guillochiermaschine zu reproduzieren, denn die Zeichnung der Guillochen wird photographisch hergestellt, und zwar durch wiederholte photographische Aufnahmen und Verschiebungen der Grundfigur, die nicht wieder herausgefunden werden kann.

Der Sicherheitsunterdruck ist also in jeder Beziehung gegen Nachahmung geschützt. Dabei aber kann der Aufdruck völlig frei gestaltet werden, ohne daß der Graphiker dabei die Frage der möglichen Nachahmung zu erwägen hat. Würde ein Fälscher sich daran machen und den Hauptteil der Banknote, also die vom Künstler entworfene Zeichnung, nachahmen, so würde ihm das nichts nützen, da er ja den Untergrund nicht nachahmen kann. Ist nur ein Teil des Untergrundes im Sicherheitsdruck ausgeführt, so läßt sich der besondere Charakter der Banknote auch für das Publikum leichter einprägen, weil es ja nur auf den einen Teil der Prüfung zu achten hat. Ganz wesentlich kommt aber auch in Betracht, daß bei Anwendung des Sicherheitsdruckes die Noten in weniger Farben als bisher ausgeführt, also billiger hergestellt werden können. Außerdem ist jede Art Drucktechnik anwendbar, besondere Maschinen sind nicht erforderlich und es können zum Druck Farben aller Art Anwendung finden.

Natürlich läßt sich der Sicherheitsdruck nicht nur für Banknoten sondern auch für alle Arten anderer Wertpapiere benutzen. Schließlich aber ist das neue Verfahren noch dadurch interessant, daß es zeigt, wie auch die Allerweltshelferin, die Photographie, bei Anwendung des Sicherheitsdruckes dem Fälscher keine Dienste leisten kann.

Fritz Hansen.

Der zersägte Boxer.

20 Metalldiebe verhaftet. — „Abmontierte“ Lokomotiven.

Großes Aufsehen erregte am Neujahrstage dieses Jahres der Diebstahl des Boxerstandbildes auf dem Fehrbelliner Platz. Hier war während der Nacht einer der Kämpfer, über zwei Zentner schwer, vom Sockel abgesägt und verschwunden. Der Magistrat fürchtete für seinen Partner, nahm ihn ebenfalls weg und brachte ihn in Sicherheit. Jetzt ist es dem Kriminalkommissar Dr. Berndorff und seinen Beamten gelungen, diesen Diebstahl und in Verbindung damit andere große Diebereien aufzuklären und zwanzig Mann hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Haupttäter waren ein Arbeiter Fritz Böhlke aus der Manteuffelstraße und ein Arbeiter August Rohfs aus der Mariannenstraße. Diese beiden gewerbsmäßigen Metalldiebe hatten auch ein Auge auf die Boxergruppe geworfen. Mit ihren Frauen und ihrem Anhang machten sie sich in der Neujahrsnacht auf, zunächst einmal den einen Kämpfer zu holen. Während von der benachbarten Kirche die Glocken das neue Jahr einläuteten, und auf der Straße der übliche Silvestertrubel anhub, setzten sie mit Erfolg ihre Metallsäge an und schafften die schwere Beute zunächst zu Böhlke nach der Manteuffelstraße. Hier zerlegten sie den Boxer in mehrere Teile. Am nächsten Sonntag schafften sie ihn zu einer Frau Hoffmann in der Köpenicker Straße, und ein Arbeiter Ott, der dort beschäftigt war, zerkleinerte ihn noch weiter. Dann wurde er als Altmetall verkauft.

Diese Diebe suchten planmäßig auch Kirchen und Friedhöfe heim und stahlen, was sie an Metall dort fanden. Auch in der Nachbarschaft und in entferntere Orte machten sie Streifzüge: nach Bernau, Groß Schönebeck usw. An einer Stelle deckten sie das Zinkblech von der Stadtmauer ab, an einer anderen einen Teil des Kupferdaches der Kirche. In den Stadtbahnwagen war kein Griff und keine Klinke vor ihnen sicher. An einem Orte montierten sie eine ganze Lokomotive ab. Das Hauptarbeitsfeld der Bande aber war die Station Glöwen an der Berlin-Hamburger Bahn. Hier stehen auf toten Gleisen immer Hunderte von Eisenbahnwagen, die nach und nach in die Reparatur gebracht werden. Ein paarmal in jeder Woche machten Böhlke und Rohfs dorthin ihre Ausflüge und untersuchten die Wagen so genau, daß von ihren Metallteilen nicht viel mehr zurückblieb. Die größeren Teile zerschlugen sie gleich an Ort und Stelle oder im benachbarten Walde. Mit zentnerschweren Säcken beladen kehrten sie jedesmal auf Umwegen nach Berlin zurück und verkauften hier ihre kostbare Beute. Wenn die Wagen nach der Werkstatt kamen, bestanden sie mitunter noch aus dem Holzgestell.

Die Geschäfte gingen so gut und waren so lohnend daß die Hauptdiebe nach und nach auch andere Leute als Träger mitnahmen. Diese machten sich „selbständig“ und zogen nun wieder mit anderen Helfershelfern, Verwandten oder Bekannten, ebenfalls hinaus. So entstand den Urhebern eine bedeutende Konkurrenz, dem Eisenbahnfiskus aber ein Verlust von Billionenwerten. Das gestohlene Gut, nicht nur Metall, sondern auch Stoffe und Leder von den gepolsterten Bänken, wurde überall an Altwarengeschäfte verkauft. Im ganzen wurden bisher 20 Beteiligte festgenommen.

Der seit fünf Monaten in Breslauer Untersuchungshaft sitzende angebliche Frauenarzt Michalski ist gestern nacht mit dem Einbrecher Kühn zusammen aus dem Gefängnis entkommen.

Lebensmittelpreise von heute.

In den Berliner Markthallen notierten am 23. 10.:

(Preise in Millionen Mark)

1 Pfund	Rindfleisch	5000 — 8000
1 „	Kalbfleisch	2400 — 4600
1 „	Hammelfleisch	3000 — 5000
1 „	Schweinefleisch	—
1 „	Meiereibutter	14000 — 15000
1 „	Margarine	6000 — 8000
1 „	Schmalz	8900 — 10000
1 „	Rindertalg, ausgel.	7200 — 8000
1 „	Pflanzenfett, lose	650
1 „	Speisekartoffeln	155 — 330
1 „	Kaffee, geröstet	6500 — 9000
1 „	Tee	12000 — 16000
1 „	Kakao	4000 — 5500
1 „	Zucker	1500
1 „	Weizenmehl	2200
1 „	Heilbutt	2000
1 „	Flundern	600 — 800
1 „	Weißling	1400
1 „	Gr. Rindfleischzunge	500
1 „	Kalbslunge	2000
1 „	Schabefleisch	6000
1 „	Pökeltopf m. Fettb.	4500
1 „	Gr. Bohnen	500
1 „	Märkisch Rübchen	150
1 „	Steinpilze	600
1 „	Edamer Käse	6000 — 8000
1 „	Hammelzunge	1400
1 Mandel	Kohlrabi	600
1	Feldhuhn	5000
1	Ei	440

Filmschau.

Inge Larsen.

Daß nichts Gutes dabei herauskommen kann, wenn ein leibhaftiger Baron, der mit seiner Motorjacht bei hohem Seegang in ein Fischerdorf verschlagen wird und sich bei dieser Gelegenheit in ein Fischermädchen verliebt, dieses simple Kind vom Lande schon im zweiten Akt zu seiner Frau und einer Dame der großen Welt macht — daß dabei nichts Gutes herauskommen kann, um dies zu zeigen, hätte man nicht eine Künstlerin vom Range der Frau Porten zu bemühen brauchen. Aber das ist ja gerade der Haken. Diese „Inge Larsen“ (der Film läuft in den Kammerlichtspielen) ist nämlich offensichtlich gerade für Henny Porten geschrieben (von Carl Vollmöller). Es soll eine Portenrolle sein, wie die verfilmte Rose Bernd eine gewesen ist, und ist doch (tut mir leid) vorbeigeraten. Die Handlung zeigt keinen originellen Zug. Alle szenischen Möglichkeiten sind sauber herausgearbeitet, das Zusammenspiel der handelnden Personen ist gut, aber man vermißt doch so ziemlich alles, was den Film über das Mittelmaß herausheben könnte. Dem Regisseur (Steinhoff) kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß ihm peinliche Fehler entgangen sind. Die Rettung der gefährdeten Seefahrer geht bei sanftem Wellengeplätscher vor sich („ungewöhnlich hoher Seegang“, sagt der Programmtext). In solchem Falle muß stürmisches Wetter abgewartet werden. Und dann: der Baron überfällt Inge Larsen beim Zeitunglesen mit der Frage: „Na, Inge, wie steht der Dollar?“ Das wirkt furchtbar abgeschmackt, zumal das Stück in Dänemark spielt, wo sich das Fischervolk den Teufel um den Stand des Dollars kümmert. Die Mitspielenden geben sich alle erdenkliche Mühe: Paul Otto als Baron, Nessel Orla als mondäne Rivalin des Fischermädchens und Paul Hansen als zunächst verschmähter, dann endlich im fünften Akt sieghafter Verehrer. — Warum — so fragt man sich immer wieder — hat sich Frau Porten so mit Haut und (blondem) Haar dem tragischen Fach verschrieben? Wer hat diese beste deutsche Filmlustspieldarstellerin ihrer eigentlichen Kunst entfremdet? Die Zeit ist so hundselend, daß uns gute Lustspiele nichts schaden könnten. Warum entzieht man Henny Porten der ihrem Talent von der Natur zugewiesenen Aufgabe? kun.

Zaida.

„Die Tragödie eines Modells“ ist der Untertitel des neuen Terra-Films „Zaida“ in den Richard-Oswald-Lichtspielen. Es handelt sich um kein gewerbsmäßiges Modell. Die Frau eines reichen Advokaten, der eine zweijährige Forschungsreise nach Afrika unternimmt, verliebt sich inzwischen in einen Maler und gibt ihre Schönheit seiner Kunst und sich ganz seiner Männlichkeit preis Ihren wirklichen Namen und Stand verschweigt sie. Der Advokat kehrt zurück, und mit Entsetzen entdeckt der Maler, als er das erste Mal in jenes Haus tritt, daß Zaida die Gattin seines guten Bekannten ist. Er will alle Beziehungen zu ihr abbrechen und verlobt sich auch mit einer jungen Dame aus der vornehmsten Gesellschaft. Aber Zaida hält an ihrer Liebesirrung fest. Als sie das Atelier des Malers in dessen Abwesenheit wieder besucht, entdeckt sie dort durch Zufall ihr Mann. Er will sie töten. Doch er bringt es nicht übers Herz. Sie begeht Selbstmord. Der Verdacht fällt auf den Maler. Der Advokat könnte den Sachverhalt aufklären. Aber das Gefühl der Rache läßt ihn schweigen bis die Braut des Malers, die hinter das Geheimnis kommt, den Advokaten zum Sprechen bringt.

Die Verfilmung dieser spannenden Handlung unter der Spielleitung von Holger Madsen war im allgemeinen geschickt, so daß der Eindruck auf die Zuschauer stark war. Nur störte an einigen Stellen die zu ausgedehnte oder zu häufig wiederholte Illustrierung gewisser Motive. Die Darsteller, Gertrud Welcker, Alfred Blütecher, Alexander Murski usw., waren wohltuend durch ihr natürliches, von Uebertreibungen freies Spiel. —el.

Donau und Rhein.

Mutter Donau und Vater Rhein werden in ihrer Herrlichkeit erstehen in dem Gesangsfilm gleichen Titels, der gegenwärtig von der Alfas-Filmgesellschaft, Berlin-Hamburg, gedreht wird. Die umfangreichen Außenaufnahmen mit wundervollen Rhein- und Donaupartien mit Wien und der Wachau, mit Passau und den bayerischen Alpen, Säckingen und dem Rheinfall sind beendet. Nunmehr gehen täglich im [illegible]-Atelier zu Berlin die Innenaufnahmen vor sich. Namhafte Darsteller, wie Rita Clermont, Ully Czerny, Ilka Grüning, Lilly Flohr, Karl Auen, Karl Harbacher, Karl Leffler und Heinrich Pekel tragen die Handlung, deren Idee von Joh. Hermann Wilke stammt. Die Uraufführung soll noch in diesem Jahre erfolgen.

Wetteraussichten.

Ziemlich mild, vorherrschend wolkig, mit Regenfällen und starken südwestlichen Winden.

Auswärtige Börsen und Warenmärkte.

Danziger Börse.

	22. 10. G	22. 10. B	20. 10. G	20. 10. B
Dollar-Kurs. .	52867500000	53132500000	18952000000	19047500000

Pariser Börse.

	20. 10	19. 10		20. 10.	19. 10.
3% frz. Rente	—,—	55,69	Platin	710,00	716,00
4% frz. Anl. 17	—,—	60,2	Rio Tinto	24,37	24,43
5% frz. am. Anl.	—,—	66,25	East Rand	—,—	27,00
Japan. aus. A.	—,—	—,—	Goldfields	77,25	75,75
4% Jap. A. 10	—,—	205,00	Moddersont. B.	88,25	89,25
4½% I u. 2.			Thoms. Houst.	809,00	—,—
russ. cons. A.	—,—	25,90	Rand Mines	21[illegible],50	212,50
5% russ. A. 06	—,—	30,95	De Beers gew.	957,00	950,00
4% unif. tür. A.	—,—	56,75	Baku	2595,0	2580,00
Türkenlose	—,—	100,00	Lianosoff	575,00	547,00
B. de France	—,—	6900,00	Naphte Russe	353,00	356,00
B. de Paris	—,—	1537,0	Russian Oil	51,75	51,50
Cred. Lyonn.	—,—	620,00	Padang	358,00	369,00
Le Creusot	—,—	—,—			

Londoner Börse.

	20. 10.	19. 10		20. 10.	19. 10
2½% Konsols	58⅛	58⅛	Cons. Goldfield	[illegible]	[illegible]
4% Kanada			Goldfields Rhod.	—,—	19,4⅞
1940-60	—,—	—,—	Moddersont. B.	1 [illegible]	1 [illegible]
3½% Kap. Kons.	100,75	100⅛	Anglo Dutch	36,6	36,0
4% Arg. Res. 86	99,50	99,50	Randfontein	21,6	21,6
3% Deutsche	14,00	14,00	Randmines	2 [illegible]	2 [illegible]
4% Japan 1905	104,00	104,00	Tanganyika	17,3	17,3
4% 2. Ser.	—,—	—,—	De Beers gew.	12	12⅞
5% Mex. 1890	—,—	56,50	Rio Tinto	31,00	32
5% Russ. 1906	11,00	11,00	Rubber Trust	25,0	27,3
4½% 1909	8,00	8,00	Anglo Americ.	3[illegible]	3⅛
Mexican Eisb.	11,00	11,00	Anglo Persian		
Sao Paulo	140,00	140,00	5% Vorz.	—,—	—,—
Canadian Pac.	169,50	158,00	EagleTr. Pf. (5)	—,—	—,—
Southern Pac.	95,00	95,00	Mex. Eagle	21 [illegible]	21,3
United Steels	—,—	—,—	Royal Dutch	30⅛	30
East Rand	—,—	6,6	Shell Transp.	3⅞	3 [illegible]

London, 22. Oktober. (Nachtrag.)

	22. 10.	20. 10.		22. 10.	20. 10.
Belgrad	367,50	367,50	Athen	281,5	272,50
Budapest	82 500	82 500	Lissabon	2,125	2,125
Christiania	2910,00	2932,50	Türkei	775,00	775,00
Kopenhagen	2585,50	2581,50	Prag	151,875	151,875
Stockholm	17,11	17,14	Sofia	470,00	475,00
Helsingfors	165,75	168,75	Warschau	5 200 000	5 000 000

Ueberseeische Wechselkurse auf London.

	Notierung	Parität	22. 10	20. 10
Montreal	$ f. 1 £	4,86	457,7[illegible]	457,00
Alexandria	Pst. f. 1 £	97½	97,46875	97,46875
Bombay	d f. 1 Rp.	24 d	1 4,59375	1 4,50
Hongkong	d f. 1 Doll.	—	2/5,28125	2 5,3125
Manila	d f. 1 Doll.	24,066 d	2 2,125	2 2,125
Shanghai	d f. 1 Tael	—	3 0,9375	3 0,875
Singapore	d f. 1 Doll.	—	2/4,15625	2/4,15625
Yokohama	d f. 1 Yen	24,58 d	—	—
Buenos Air.	d f. 1 Doll.	47½ d	38,71875	39,00
Lima	£ f. 1 per. Pfd.	par.	—	—
Montevideo	d f. 1 Doll.	51 d	38,375	38,875
Rio de Jan.	d f. 1 Milr.	27 d	5,09375	5 1875
Valparaiso	$ f. 1 £	$ 13½	37,70	37,15
Mexiko	d f. 1 Doll.	24,58 d	25,00	25,00

Warschauer Börse.

	22. 10. D	22. 10. G	22. 10. B	20. 10. D	20. 10. G	20. 10. B
Bank Handlowy	790000	800000	793000	805000	795000	810000
Bank Przemyslow., Warsch.	315000	310000	—	300000	325000	—
Bank Przemyslowy, Lemberg	155000	147500	140000	135000	132500	—
Westbank	—	—	—	135000	135000	—
Bank Zwiazku	—	—	—	500000	—	—
Firlej	210000	200000	230000	250000	220000	—
Lazy	60000	5[illegible]000	65000	60000	—	—
Cegielski	21[illegible]000	2[illegible]0000	305000	190000	220000	205000
Lilpop	165000	180000		180000	[illegible]	165000
Ostrowice	2850000	975000	2900000	3200000	3025000	3040000
Starachowice	675000	840000	8[illegible]5000	950000	825000	872000
Zawiercie			—	1[illegible]000	100000	110000
Polbal	30000	3[illegible]000	—	42500	—	
Polska Nafta	105000	115000	—	100000	111000	110000
Nobel	320000	460000	—	31500	3[illegible]0000	—

New Yorker Börse.

	22. 10	20. 10		22. 10.	20. 10.
Atchison Top.	96	96½	Reading	75⅝	76¼
do. pref.	—	87¼	St. Louis & S. Fr.		18⅜
Baltimore	55½	56¼	Southern	32⅛	33¼
Canadian Pacific	143	143	Southern Pacific	85⅝	86⅝
Chesapeake	66	66	Texas Pacific	—	18⅞
Chicago Milw.	14	14¼	Union Pacific	—	128¾
do. Rock Island	20⅞	21⅛	Wabash pref.	—	31⅜
Erie	13⅛	13⅜	American Can.	—	83⅜
Gr. North. pref.	53⅝	54	do. Car & Fndr.	—	155
Illinois Central	103⅞	103¼	do. Hide & Lth.	—	6⅞
Cans. City and S.	17	17⅛	do. pref.	—	35
do. pref.	—	52	do. Smelt. & Ref.	54⅛	55⅞
Louisv. & Nashv.	86	87	Anaconda Copp.	35⅝	35⅞
Missouri Kansas	—	11⅛	Bethlehem Steel	47¼	48⅞
Missouri Pacific	26⅝	[illegible]	Central Leather	13¼	14⅞
Nat. R. Mex. 2 pr.	3⅞	2⅞ G	Internat. Merc. Mar.	6¼	7
New York Centr.	99¼	100¼	do. pref.	25¼	26¼
do. Ont. & West	—	15⅝	Studebaker Corp.	99⅛	97⅞
Norfolk & West.	101	102¼	Un. Stat. Steel C.	87⅛	88⅛
Northern Pac.	51⅞	52	do. pref.	118⅛	118⅞
Pennsylvania	41⅞	41⅞	Umsatz — 1 270 000		

Amsterdam.	22. 10.	20. 10.		22. 10.	20. 10
London	11,55	11,55	Christiania	39,30	39,45
Berlin	0,06 p. Mill.	0,17 p. Mill.	New York	2,56¼	2,55¾
Paris	14,47½	15,22	Brüssel	12,57½	13,17½
Schweiz	45,72	45,72½	Madrid	34,20	34,30
Wien	0,0036	0,0035	Italien	11,50	11,55
Kopenhag.	44,56	44,72½	Prag	7,55—7,63	—,—
Stockholm	67,35	67,35	Finnland	6,75—6,85	—,—

Warschau.	22. 10. D	22. 10. G	22. 10. B	20. 10. D	20. 10. G	20. 10. B
Dollar	1275000	—,—	—,—	1160000	—,—	—,—
Deutsche Mark	0,00004	—,—	—,—	,00015	—,—	—,—
Danzig	0,00004	—,—	—,—	0,00015	—,—	—,—
London	5700000	—,—	—,—	5325000	—,—	—,—

Valparaiso (D. Ueb. Bk.)		20. 10	19. 10.	
London (90 T/S.)	Peso	37,80	37,60	1 L.
Berlin (Kabelzahlung)	Centavo	0,000140	0,000148	100 M
New York Sicht	Peso	8,47	8,41	1 USDoll.

Sport.

Vorschau auf Karlshorst.

Mittwoch, den 24. Oktober, 12½ Uhr Nachm.

Am Mittwoch beschließt der „Verein für Hindernisrennen“ seine diesjährige Rennsaison. Traditionell kommen an diesem Tage Hubertus-Jagdrennen und Parforce-Jagdrennen zur Entscheidung. Besonders letztere, über 7500 Meter führende und damit längste und schwerste Steeplechase auf deutschen Bahnen wird großes Interesse hervorgerufen. Immelmann, Rautendelein, Spreewald, Orkus, Minor, Feldherr, Herzog, Putnik und Cherusker II werden voraussichtlich auf die lange Reise geschickt werden. Immelmann, Rautendelein, Orkus, Herzog und Spreewald trafen sich zuletzt im „Großen Preis“. Damals war Immelmann Sieger vor Herzog, Spreewald, Orkus und Rautendelein. Er hatte aber etwas Glück mit diesem Sieg, da Spreewald scheinbar wegen Lahmheit einen Moment verhalten wurde. Außerdem hatte Rautendelein, die wir immer noch als Steherin ansehen, ein durch mehrere Zwischenfälle gestörtes Rennen. Herzog kam wider Erwarten glatt über die 6600 Meter; er trägt mit 67½ Kilogramm wiederum ein sehr billiges Gewicht. Gegen Immelmann spricht sein Höchstgewicht. Minor hat seine Form von 1922 in diesem Jahre noch nicht wieder zeigen können. Orkus muß wieder beim Ende dabei sein, das wir bei langsamem Rennen zwischen Spreewald, Rautendelein und Herzog legen.

Unsere Voraussagen: 1. R. Alamund — Frau Holle. 2. R. Ritter Blaubart — Contrabent. 3. R. Philister — Jakor. 4. R. Spreewald — Rautendelein — Herzog. 5. R. Fuchsmajor — Baldung. 6. R. Winna — Madonna. 7. R. Aufklärung — Polynesia. E. S.

Voraussagen für Mittwoch.

Mülheim—Duisburg. 1. Günstling—Bundesbruder, 2. Florett—Persicus, 3. Fatalist, 4. Wolkenbruch—Windsbraut, 5. Fromm—Leichtsinn, 6. Prinz Udi—Daddy, 7. Bittschrift—Valens.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Herrenreiter. Im Anschluß an das Parforce-Jagdrennen findet am Mittwoch abend in den Klubräumen, Schadowstraße 8, die Generalversammlung des Verbandes deutscher Herrenreiter mit darauffolgendem gemeinsamen Abendessen statt. Anmeldungen zum Essen sind zu richten an das Sekretariat des Verbandes, Schadowstraße 8.

Der Altefelder Aberglaube hat mit dem Siege im Hohenlohe-Oehringen-Rennen seine erfolgreiche Rennlaufbahn beendet. Der vierjährige Dark Ronaldsohn wird im nächsten Jahre als Beschäler nach Mydlinghoven (Bez. Düsseldorf) gegeben werden.

Der beste Zweijährige Ungarns ist der von Cleve Gallion a. d. Odabb gezogene Octondi des Grafen Jankovich-Besan. Octondi hat kürzlich Ungarns wertvollste Zweijährigenprüfung, den St.-Ladislaus-Preis, ganz überlegen gewonnen gegen Rosselino, Arad und zwei andere Altersgenossen und ist durch diesen Erfolg zum Favoriten für den Wiener Austria-Preis und die großen Zuchtprüfungen des nächsten Jahres avanciert. — Am Tage nach dem Ladislaus-Preis kam in Alag der Preis des Ungarischen Jockei-Clubs zur Entscheidung, den der ungarische Derbysieger Ascanio ganz knapp gegen Fürst Hohenlohe-Oehringens 4j. Vorwitz gewann.

Paul Samson gegen Schmidt-Mainz. Der Herausforderer Meister Breitensträters um dessen Titel, der Zwickauer Paul Samson, der erst kürzlich den guten Italiener Giuseppe Spalla einwandfrei schlagen konnte, wird am Freitag, den 26. Oktober, im Berliner Friedrichshainring dem etwa 20 Pfund schwereren Mainzer Schmidt gegenübertreten. Drei weitere gute nationale Kämpfe sollen das Programm vervollständigen.

Berliner Tennis.

Einen besonders schönen Erfolg errang der Tennisklub des Westens „Schwarz-Grün“ in den soeben beendeten Verbandsspielen des Berliner Tennisverbandes dadurch, daß seine II. Mannschaft die Meisterschaft der II. Verbandsklasse und seine III. Mannschaft die der III. Verbandsklasse gewinnen konnte.

Ueber die Art der Austragung der Tennis-Verbandsmeisterschaft herrscht selbst in den beteiligten Kreisen noch immer die größte Unklarheit, und es ist nicht recht verständlich, warum der Verband durch regelmäßige Benachrichtigung der Presse nicht dafür sorgt, daß das am Tennis-Sport interessierte Publikum von Zeit zu Zeit über den Verlauf und den jeweiligen Stand der Verbandsspiele orientiert wird.

Die Endspiele in der II. Verbandsklasse wurden ausgetragen a) zwischen den Siegern der II. Mannschaften der I. Klasse, d. h. der II. Mannschaft von „Schwarz-Grün“, b) dem Sieger der I. Mannschaften der II. Klasse, d. h. T. C. 1920 „Lila-Gold“ I., c) dem Sieger der III. Mannschaften der Ia Klasse, d. h. Borussia III. „Schwarz-Grün“ gewann die Meisterschaft dadurch, daß sie Borussia III, die den Gegner wohl unterschätzt hatte, überlegener als das Resultat vermuten läßt, mit 5:4 Punkten, und im Entscheidungsspiel die I. Mannschaft von „Lila-Gold“ in einem Kampf, der bis zum letzten Ball unentschieden hin- und herschwankte, gleichfalls mit 5:4 besiegen konnte.

Wesentlich überlegener gewann die III. Mannschaft von „Schwarz-Grün“ die Meisterschaft der III. Klasse gegen den Sieger der I. Mannschaften der II. Verbandsklasse „Weiß-Rot-Gold“ und den Sieger der II. Mannschaft der II. Klasse „Siemensstadt Blau-Gold II“. Gegen die allerdings durch Ersatz geschwächte Mannschaft des „Lefever“-Klub gewann „Schwarz-Grün“ II mit 7:2 und gegen die II. Mannschaft von „Siemensstadt“ im Schlußspiel auf den Plätzen des Gegners mit dem imponierenden Resultat von 9:0.

Die Erfolge der „Schwarz-Grün“-Mannschaften zeigen deutlicher als viele Worte das gute Durchschnittskönnen der Klubmitglieder sowie den vorbildlichen Korpsgeist, mit dem die einzelnen Spieler die Farben ihres Vereins vertreten haben.

Motorrad-Rennen 1924.

Die Vertreter der Internationalen Motorradfahrerklubs fanden sich in Paris zur Besprechung der internationalen Veranstaltungen 1924 zusammen. Vertreten waren Italien, Spanien, die Schweiz, Frankreich, Belgien, Dänemark und England. Offiziell wurden vorgemerkt folgende Veranstaltungen: 3.—13. April Rundfahrt durch Italien; 4. oder 23. Mai Großer Preis von Italien; 19. Mai Großer Preis von Spanien; 15. Juni Großer Preis der Schweiz; 23.—28. Juni: Tourist Trophyrennen in England; Ende Juni Holländische Regelmäßigkeitsprüfung; Anfang August Int. Sechstageprüfungsfahrt in der Schweiz oder in Schweden; 23. bis 24. August: Dänischer Rekordtag in Fanö; 6. September Großer Preis der Nationen (Europameisterschaft) in Italien; 13. bis 14. September: Distanzfahrt Nord—Süd (Mailand—Neapel).

Länderkampf Deutschland—Holland in Köln. Der Gau IV des Bundes Deutscher Radfahrer wartet am 28. Oktober im Kölner Stadion mit einer großen Schlußveranstaltung auf, in deren Mittelpunkt ein in fünf Läufen nach Punktwertung stehender Länderkampf Deutschland—Holland zum Austrag kommt. Die Kölner Matadore Oszmella und Roßbach treten gegen die Holländer Peters und Léon Leone an. Auch alle anderen Rennen des Tages, wie das Internationale Vorgabefahren um den Großen Herbstpreis, der Helden-Gedenkpreis in drei Läufen über 10, 15 und 20 Kilometer hinter Zweisitzerführung und der Abschiedspreis, ein internationales Zweisitzer-Hauptfahren, erwecken durch den Start der Holländer großes Interesse.

Ausgefallene Radrennen. Die für Sonntag geplanten Radrennen auf der Olympiabahn wurden des schlechten Wetters wegen abgesagt. Auch die Radrennen, die die Ortsgruppe Magdeburg des Deutschen Rennfahrer-Verbandes zum Austrag bringen wollte, fielen dem Regen zum Opfer. Sie sollen mit der gleichen Besetzung, Arend, Stabe, Schrage, Gottfried in den Fliegerrennen und Schrefeld, Rudel, Vermeer, Brümmert in den Dauerrennen am nächsten Sonntag zum Austrag gelangen.

Für das Sechstagerennen in Gent, das am 29. Oktober seinen Anfang nimmt, sind 16 Mannschaften verpflichtet worden, davon allein zwölf belgische. Nachstehend die Starterliste: Gebr. Buysse, Degraeve—Persyn, Beyl—van Neck, Gebr. Suter, Aerts—Th. Wynsdan, Spiessens—Nielens, Gebr. Narcy, Frédéricks — van Ruysseveldt, Pagnoul — Duray, Standaert — Volbrech, Vlemmincks — Bontekoe, Verbraecken — Binst, A. Vanderstuyft—Verbeeck, van Laere—Oleye, Thysman—Méchant, van Letvelde—Gossens. — Am gleichen Tage beginnen auch die „Six Days“ in Chicago, an denen deutscherseits Bauer und Oskar Tietz teilnehmen.

Der alljährliche Rugbykampf zwischen den repräsentativen Mannschaften von Nord- und Süddeutschland soll am kommenden Sonntag in Frankfurt a. M. seine Erledigung finden.

FREIBAU IN HOLZ

Hallen u. Dächer

in freitragender ingenieurmäßiger Holzkonstruktion, Stützweite bis 50 Meter.

Industriebauten jeder Art Werkstatt-, Montage- und Lagerhallen, Brücken und Stege

CHRISTOPH & UNMACK
AKTIENGESELLSCHAFT
ABT. HOLZBAU
NIESKY O.-L.
SCHLESIEN

Volkswirtschaftlicher Teil.

Dienstag, den 23. Oktober 1923.

Zur Wiedereinführung von Devisen-Einheitskursen.

Die in einem Teil des heutigen Morgenblatts veröffentlichte Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurs geht über die frühere, mehrere Wochen lang in Kraft gewesene Devisenverordnung, die einen Handel nur zum Einheitskurs gestattete, in einigen Punkten hinaus und bedeutet eine nahezu vollständige Abdrosselung des Verkehrs mit Devisen und Dollarschatzscheinen. Auf Erkundigung an zuständiger Stelle erfahren wir, dass man auch dort überzeugt ist, diese Bestimmungen würden sich nur wenige Tage aufrecht erhalten lassen. Die Verordnung dürfe aber nicht für sich allein betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang mit der W. T. B.-Meldung über die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld. In der kurzen Zeit der Aufrechterhaltung der Devisenverkehrssperre will man versuchen, mit äusserstem Nachdruck wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu pumpen. Bei der Ausgabe kleiner Stücke der Goldanleihe ist daran gedacht, diese bis auf Dollarcents hinab zu stückeln, weil bereits Beträge von einem Dollar für den normalen Kleinverkehr viel zu gross sind. Grosse Hoffnungen setzt man ferner auf die Ausfertigung von Zwischenscheinen, auf die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes durch die Industrie und auf die Einführung von Goldschecks der Banken. Das wertbeständige Notgeld der Industrie ist in Hamburg und Danzig schon praktisch erprobt worden, und man hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Da die Umwechslung des wertbeständigen Geldes in Papiergeld nur immer nach Massgabe der augenblicklichen Bedürfnisse erfolgt, so lassen sich damit grosse Ersparnisse in Zahlungsmitteln erreichen.

Die neue Verordnung vom 22. Oktober bedarf in mancher Hinsicht infolge ihrer unklaren Fassung der Auslegung. So ist namentlich der § 1 unklar gefasst. Der erste Paragraph muss folgendermassen lauten:

„Der Erwerb und die Veräusserung von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt, gegen Reichsmark oder gegen Wertpapiere jeder Art, die auf Reichsmark lauten sowie von Dollarschatzanweisungen ist im Inland und Ausland nur zu dem amtlich in Berlin notierten Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses zulässig, und zwar zu dem Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischenliegenden Kurse. Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung sind Geldsorten, Papiergeld, Banknoten u. dergl., Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel.

Eine amtliche Notierung wird als vorliegend nur angesehen, wenn in der Währung am Tage des Geschäfts eine amtliche Notierung des Kurses der Auszahlung erfolgt. An Tagen, an denen eine amtliche Notierung der Auszahlung nicht stattfindet, dürfen in der Währung Geschäfte nicht abgeschlossen werden. Der Kurs für Auszahlung ist auch für Geschäfte in Geldsorten massgebend, wenn für die Geldsorte kein besonderer amtlicher Kurs notiert wird. Wird ein besonderer Kurs notiert, so gilt er nur für Geschäfte in Geldsorten."

Weiter bestimmt die Verordnung: § 1 Abs. 1 findet auf Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin nicht [illegible] mit der Massgabe Anwendung, dass der Erwerb und die Veräusserung nur zu den Preisen zulässig ist, die von einem Ausschuss der Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr ermittelt und regelmässig in der Presse veröffentlicht werden. Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschlüssen in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise. Soweit für Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung weder eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt noch gemäss Absatz 1 Preise ermittelt werden, ist der Erwerb und die Veräusserung gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, unter der Voraussetzung zulässig, dass der Preis auf der Grundlage einerseits eines im Auslande bestehenden Kurses dieser Zahlungsmittel und andererseits des Berliner amtlichen Kurses der Währung des ausländischen Börsenplatzes errechnet ist.

Devisenbanken und Wechselstuben können ausländische Geldsorten, Papiergeld, Banknoten auch zu einem Preise erwerben, der hinter dem letzten amtlichen Kurse zurückbleibt. Devisenbanken dürfen Beträge bis zu 5 Pfund (englisch) oder dem entsprechenden Betrag in einer anderen ausländischen Währung auch zum letztbekannten amtlichen Kurse abgeben.

Geschäfte, die gegen die obigen Vorschriften verstossen, sind nichtig.

Mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich zu einer solchen Zuwiderhandlung auffordert, anreizt oder sich erbietet. Neben der Strafe können die ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnungen kann ferner der Kommissar für Devisenerfassung durch Ordnungsstrafe bis zu 10 000 Goldmark ahnden.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft. Als Verkündigung gilt auch die Verbreitung durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau in Berlin und die Veröffentlichung durch die Presse. Unterzeichnet ist die Verordnung vom Reichskanzler Stresemann, Reichswirtschaftsminister Koeth und Finanzminister Dr. Luther.

Mit dem § 6, der nur die amtlichen Notierungen der Berliner Börse oder ihnen gleichgestellte Preise zur Veröffentlichung zulässt, fallen amtliche Kursnotierungen dieser Werte in Köln, Hamburg und Frankfurt fort. Auch die Kurse der Reichsmark in New York, London, Amsterdam usw. dürfen nicht veröffentlicht werden. Auch die Danziger Devisennotierungen, die ja auf Reichsmark lauten, sind zur Veröffentlichung nicht zugelassen. In Bankkreisen sieht man voraus, dass sich, wie früher, ein lebhafter freier Devisenhandel in Danzig und in Köln entwickeln werde und damit unerträgliche Zustände für das unbesetzte Gebiet Platz greifen werden.

Der amtliche Berliner Kurs hat, worauf wir wiederholt hingewiesen haben, nur dann einen Sinn, wenn die Reichsbank zu diesem Kurse die Devisen voll zuteilt. Greifen Repartierungen Platz, so wird eine Berechnung des Wertes der Goldmark, auf die jetzt zahlreiche wichtige Waren mit ihren Preisen basieren, zur Unmöglichkeit.

Der freie Handel in Goldanleihe wird voraussichtlich einen grossen Aufschwung nehmen. Dies liegt ganz im Sinne der Regierung, welche die Verwendung der Goldanleihe als Zahlungsmittel in jeder Weise zu fördern bestrebt ist. Die Goldanleihe hielt sich bekanntlich in letzter Zeit in einem gewissen, automatisch sich regelnden Verhältnis zum Dollar bezw. zu den Dollarschatzanweisungen. Man glaubt in Bankkreisen, dass aus diesen Freiverkehrskursen der Goldanleihe sich auch jetzt eine Art Wertmesser für den Stand der Devisen wird ableiten lassen.

Zu wünschen bleibt, dass die Regierung Massregeln trifft, damit täglich, also auch für den Sonnabend, amtliche Kurse für Devisen festgesetzt werden. Es geht nicht an, dass die Geschäftswelt von Freitag bis Montag ohne eine Kursfeststellung bleibt.

Finanz-, Generalversammlungs-, Bilanz-
und sonstige bedeutsame Anzeigen wirtschaftlicher Art erfahren die wirksamste Verbreitung durch die zu gleicher Zeit an den zwei Brennpunkten des deutschen Wirtschaftslebens
Berlin und Frankfurt a. M.
erscheinende
DAZ
Deutsche Allgemeine Zeitung

Zur Steueraufwertungsverordnung.

Allgemeine Schonfrist bis zum 25. Oktober 1923. — Aufwertung der Vorauszahlungen.

Von Rechtsanwalt **Dr. Wilhelm Beutner**, Berlin.

Die Verordnung über Steueraufwertung vom 11. Oktober 1923 ist bereits am 14. Oktober 1923 in Kraft getreten. Diese sofortige Inkraftsetzung der Verordnung ist durch die inzwischen erlassene Durchführungsbestimmung in einem wichtigen Punkte gemildert worden, der vom Standpunkte der Steuerpflichtigen genaue Beachtung verdient. Bis zum 25. Oktober d. J. und bei der Erbschaftssteuer bis zum 1. Dezember d. J. können Steuerschulden noch durch den blossen Papiermarkbetrag einschliesslich der nach den bisherigen Vorschriften etwa verwirkten Zuschläge getilgt werden. (§ 9 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen.) Jedem ist dringend zu raten, sofort festzustellen, was er noch an Reichsabgaben, seien es Einkommen-, Vermögens- oder Verkehrssteuern, schuldet, und den ausmachenden Betrag bis zum 25. Oktober d. J. zu zahlen. In den meisten Fällen werden auch die zwischen der Finanzverwaltung und den Steuerpflichtigen streitigen Beträge einen wirklichen Wert nicht mehr darstellen, solange die Papiermarkgrundlage festgehalten wird; daher ist auch in solchen Fällen die noch rechtzeitige Zahlung, die bisher etwa unterblieben ist, dringend anzuraten.

Infolge der Goldumrechnung wird in Zukunft auch der Grundstückshandel einer starken Belastung unterliegen, trotzdem die Wertzuwachssteuer in den meisten Städten nicht mehr veranlagt wird. Nunmehr werden die vollen sechs Prozent der Grunderwerbssteuer wirklich erhoben werden. Eine Ermässigung des Betrages zwischen Entstehung der Schuld und ihrer Zahlung wird auch hier nicht mehr eintreten. Der beurkundete Betrag und der gemeine Wert zur Zeit der Beurkundung spielt bei der Grunderwerbssteuer keine steuermindernde Rolle, da die Steuer mindestens von dem gemeinen Wert des Grundstücks zur Zeit des Eigentumsüberganges erhoben wird. Schon bei einem gemeinen Wert von etwa 16 000 Goldmark wird bei dem jetzigen Multiplikator (17.—19. Oktober 1 080 000 000) der Billionenbetrag für die Steuer überschritten. Es liegt daher auch bei der Grunderwerbssteuer das dringendste Interesse des Steuerpflichtigen vor, etwaige Rückstände bis zum 25. Oktober d. J. noch in Papiermark ohne Rücksicht darauf zu erledigen, ob eine Veranlagung erfolgt ist oder nicht, vorausgesetzt nur, dass der Eigentumsübergang bis zum 25. Oktober erfolgt und damit die Steuerschuld entstanden ist. Mit Rücksicht auf § 9 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen hat der Steuerpflichtige ein Recht darauf, dass ihm das Finanzamt den angebotenen Papiermarkbetrag abnimmt, selbst wenn das Grundbuch dem Finanzamt von dem Eigentumsübergang noch keine Nachricht gegeben hat. Erfolgt die Umschreibung der Eigentumsänderung erst nach dem 25. Oktober 1923, so ist die Aufwertung der Grunderwerbssteuer nicht zu vermeiden.

Auch die Vorauszahlungen auf die Reichssteuern werden vom 1. September 1923 ab, in beschränktem Masse vom 1. Januar d. J. ab, aufgewertet, ohne dass es mehr eines besonderen Antrages, einer besonderen Verbuchung auf wertbeständigem Steuerkonto oder gar der Hingabe wertbeständiger Zahlungsmittel bedarf. Sinngemäss ist anzunehmen, dass diese Bestimmung nicht gilt, sofern von dem Recht der Papiermarkzahlung bis zum 25. Oktober d. J. Gebrauch gemacht wird. Die Vorauszahlungen werden im übrigen wie die Steuerschulden valorisiert, also durch Division durch den zur Zeit ihrer Zahlung geltenden Multiplikator für die Landabgabe auf die Goldgrundzahl zurückgeführt und mit dieser Grundzahl zur Anrechnung gebracht. Eine notwendige Folge dieser Regelung ist die Bestimmung, dass überschiessende Beträge vom Reich wertbeständig erstattet werden. Vorauszahlungen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1923 werden derart angerechnet, dass der bis Ende Juli gezahlte Betrag zunächst in Papiermark erhöht wird (Januar bis Mai auf das 100fache, Juni auf das 30fache, Juli auf das 10fache) und die sich dann ergebenden Beträge durch den Divisor vom 1. September (1 300 000) dividiert werden. Als Vorauszahlung gelten auch bare Sicherstellungen der Grunderwerbssteuer, die die Steuerpflichtigen nach der Aufnahme notarieller Akte vor den Eintragungen im Grundbuch zu zahlen haben.

Wirtschaftliches und Finanzielles aus Russland.

Die diesjährigen Ernteergebnisse in der Ukraine werden amtlich auf 762,5 Millionen Pud Getreide geschätzt. Nach Abzug des Getreidebedarfes der Bevölkerung für Nahrung, Saaten und Viehfutter wird mit einem freien Ueberschuss von ungefähr 150 Millionen Pud gerechnet. Ausgeführt worden sind von der neuen Ernte bisher 5,5 Millionen Pud Getreide. Die staatliche Getreideausfuhrgesellschaft „Exportchljeb" hat vom 15. August bis zum 10. Oktober durch Vermittlung der Berliner Sowjet-Handelsvertretung 5 Millionen Pud Getreide, hauptsächlich Roggen, Gerste und Weizen, nach Deutschland verkauft.

Wie wirtschaftsamtlich gemeldet wird, hat das Russische Naphtha-Syndikat vom 1. Juli bis 1. Oktober d. J. 90 621 t Naphthaprodukte ausgeführt, von denen 50 % auf Petroleum entfallen. 13 428 t Benzin wurden nach Deutschland verkauft. — Der russische landwirtschaftliche Genossenschaftsverband „Sselskosojus" hat vom 1. April bis 1. September d. J. 500 000 Stück Rauchwaren zur Ausfuhr bereitgestellt. Der grösste Teil dieser Rauchwaren wurde nach Leipzig verkauft. — Die Moskauer Kommunalverwaltung hat ein Projekt über den Bau einer Untergrundbahn in Moskau ausgearbeitet. Die Aussenhandelsvertretung des Moskauer Sowjets „Moswneschtorg" in Berlin hat in diesem Zusammenhang vorbereitende Verhandlungen aufgenommen. — Die Gesamtproduktion des Kohlen-Donezgebiets ist laut Produktionsprogramm für das neue Wirtschaftsjahr 1923/24 auf 640 207 000 Pud gegenüber 454 100 000 Pud im Wirtschaftsjahr 1922/23 festgesetzt. — Der Rat der Volkskommissare hat die Satzungen einer neuen „Holzexport A.-G." bestätigt. Gründer der Gesellschaft sind die Holztrusts „Sseweroljess" und „Petroljess" sowie die russische Handelsvertretung in London („Arkos"). Das Kapital beträgt 760 000 Goldrubel.

Nach wirtschaftsamtlichen Angaben wurden im August d. J. 21 508 000 Pud Waren (im Juli 21 451 000) im Werte von 16 202 Goldrubeln (im Juli 17 090 000) aus Russland exportiert und 3 676 000 Pud Waren (im Juli 3 406 000) im Werte von 11 329 000 Goldrubeln (im Juli 10 977 000) importiert.

Der Rat der Volkskommissare hat eine Verordnung über die Ausgabe neuer 5000-Rubelscheine der Ausgabe 1923 (1 Rubel 1923 gleich 1 Mill. alter Sowjetrubel) erlassen. Die Bilanz der Emissionsabteilung der Russischen Staatsbank schliesst zum 1. Oktober mit 23 764 000 Tscherwonzen ab, gegen 22 100 000 zum 16. September. Neu emittiert wurden in der zweiten Septemberhälfte 1 650 000 Tscherwonzen. Der freie Rest des Emmissionsrechtes beträgt 254 000 Tscherwonzen.

W. D.

★

Der Kurssturz des Sowjetrubels. Von unserem ständigen Mitarbeiter für Osthandelsfragen wird uns geschrieben: Der Kurssturz des Sowjetrubels hat besonders in den letzten Monaten ein Tempo eingeschlagen, das allerdings hinter der Kursbewegung der Reichsmark zurückbleibt, aber immerhin deutlich zeigt, dass durch die Einführung der Goldmarkkonten der Staatsbank (Tscherwonez-Währung) keine Stabilisierung des Sowjetrubels erzielt worden ist, wie dieses von den russischen Finanzpolitikern erhofft wurde. Vielmehr scheint es, dass die Entwertung des Sowjetrubels seit Einführung der Parallelwährung noch mehr zugenommen hat. Die Kursbewegung des Sowjetrubels 1923 (der einer Million alter Sowjetrubel gleichzusetzen ist) seit Beginn des Jahres ergibt sich aus nachstehenden Notierungen der Moskauer Börse:

	21. Jan.	21. Apr.	21. Juli	21. Okt.
1 Pfund Sterling	156	415	890	5 360
1 Dollar	38	97	192	1 170
1 Tscherwonez	197	412	950	5 850

Der Kurssturz des Sowjetrubels hat somit seit Beginn dieses Jahres rapide zugenommen: während am 21. Januar der Dollar mit 38 Sowjetrubeln 1923 notiert wurde, stand er am 21. Oktober 1170. Das Verhältnis der Tscherwonez-Noten zu dem englischen Pfund und dem Dollar ist seit dem Juni d. J. relativ unverändert.

Erhöhung der Oderfrachten. Der Frachtenausschuss für die Oder hat, der „Bresl. Ztg." zufolge, die Kohlengrundfracht für ganze Kahnladungen auf der Strecke Cosel-Hafen bis Berlin-Oberspree vom 19. Oktober ab um 5,034 Mill. M. auf 9,224 Mill. M. je Tonne erhöht. Das Liegegeld ist auf das 660millionenfache des gesetzlichen erhöht worden (bisher das 300millionenfache).

Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung. Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung belief sich laut „Industrie-Kurier" in der Zeit vom 1.—10. Oktober an sechs Fördertagen bei einer fördertäglichen Leistung von 84 380 t auf insgesamt 506 280 t (Vorwoche 562 467 t). Der Förderrückgang gegenüber der Vorwoche ist auf Betriebseinschränkungen auf drei Gruben zurückzuführen. Es verblieben innerhalb Polnisch-Oberschlesiens 168 814 (183 891). Nach dem übrigen Polen gelangten 100 580 (136 533), nach Deutsch-Oberschlesien 22 275 (26 330), nach dem übrigen Deutschland 81 919 (105 364), Deutsch-Oesterreich 28 050 (37 438), Tschechoslowakei 68 277 (38 720).

Die englische Kohleneinfuhr über Hamburg. Im Hamburger Hafen sind laut „Industrie-Kurier" vom 8.—19. Oktober 253 814 (Vorwoche 284 578) t englische Kohle eingelaufen.

Neue Anleihen. Die Bayerische Bodenkreditanstalt, Würzburg, erhielt die Genehmigung, 10 Milliarden Mark Kommunalschuldverschreibungen 2 % unter Reichsbankdiskont, höchstens mit 20, mindestens mit 7 % verzinslich, auszugeben. — Die Stadt Freiburg erhielt die Genehmigung, wertbeständige Schuldverschreibungen zum Gegenwert von 60 000 Festmeter Nadelnutzholz III. Klasse auszugeben.

Deutsche Arzneitaxe. Die Schlüsselzahl für Arzneimittel und Gefässe beträgt ab 21. Oktober 28,6 Mill., im besetzten Gebiet 38,7 Mill., für Arbeitsvergütungen unverändert

---

Der französische Aussenhandel Januar bis September. Nach der offiziellen Statistik betrug die Einfuhr in den ersten neun Monaten des Jahres 1923 40 421 290 t im Wert von 22 551 700 000 Fr. Das bedeutet im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahrs eine Vermehrung um 3 141 278 t im Wert von 6 054 467 000 Frank. Die Ausfuhr betrug 17 647 218 t im Wert von 215 662 711 000 Frank, was eine Vermehrung um 1 908 757 t im Wert von 6 258 052 000 Frank gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1922 bedeutet.

Die polnische Mark gesetzliches Zahlungsmittel in Oberschlesien. Nach den „Berichten aus den neuen Staaten" wird vom 1. November an in Oberschlesien der polnische Post- und Telegraphentarif eingeführt werden. Gleichzeitig wird der Ueberweisungsverkehr in der deutschen Währung eingestellt werden. Im Sinne des Art. 395 der polnisch-deutschen Konvention verliert an diesem Tage in Oberschlesien die deutsche Mark die Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel.

Vom Devisen- und Geldmarkt.

Berlin, 23. 10.

Am heutigen Devisenmarkt hat die neue Verordnung der Regierung naturgemäss grosse Ueberraschung und vollständige Umwälzung der Lage bewirkt. Man kann als die erste Wirkung nur eine vollständige Stockung alles geschäftlichen Verkehrs erkennen. Dies zeigt sich besonders krass am Geldmarkt, wo tägliches Geld vormittags noch panikartig gesucht war und 14—18 % Zinsen pro Tag bedang, an der Börse aber dringend angeboten war, so dass der Zinssatz auf 2 % sank. Dieser Satz blieb aber nominell, da Geld überhaupt nicht anzubringen war.

Die Banken handelten in grösserem Umfang, als bisher Usance, hierbei zeigte sich, dass alle europäischen Devisen, namentlich aber Auszahlung London und Paris, scharf rückgängig waren zugunsten des Dollar, eine Bewegung, die schon in der ganzen letzten Zeit dem internationalen Devisenverkehr das Gepräge gab und mit der gespannten politischen Lage zusammenhängt.

An der Börse waren auch beunruhigende Gerüchte über Aufruhr in Hamburg verbreitet, was weiter zur äussersten Zurückhaltung beitrug.

Da Devisen und Dollarschatzanweisungen durch die neue Verordnung vom freien Verkehr ausgeschaltet waren, entwickelte sich lebhaftes Geschäft in Goldanleihe, die stark angeboten war. Man verweist hier auf die geplante Inflationierung der Goldanleihe, ferner auf die Beeinflussung des Goldanleihekurses durch die amtliche Notiz des Dollars.

Bei der amtlichen Notierung der Devisen zeigte sich nur sehr schwache Nachfrage. Die Devisen wurden daher voll zugeteilt. Der amtliche Kurs für Auszahlung London war 250 Milliarden.

Die Goldanleihe setzte im freien Verkehr mit 60 Milliarden ein und ging zunächst bis auf 56½ Milliarden zurück. Die amtliche Notiz wurde auf 56 Mililarden festgesetzt bei voller Zuteilung, erreichte also genau den amtlichen Dollarkurs. Im freien Verkehr wurde diese Parität jedoch im Verlaufe erheblich überstiegen und gegen 1¼ Uhr wurde ein Kurs von 59 Milliarden erreicht.

Dollarschatzanweisungen wurden mit 58 Milliarden bez. G. notiert. Aufträge bis 1000 Dollar fielen aus, darüber wurden nur 5 % zugeteilt.

Gegen 2 Uhr erreichte Goldanleihe einen Kurs von 64 Milliarden Mark.

Berliner Devisen:	23. 10. Geld	23. 10. Brief	22. 10. Geld	22. 10. Brief
Amsterd.	21546000	21654000	15561000	15639000
Buenos Aires	17955000	18045000	12768000	12832000
Brüss.-Antw.	2713200	2726800	2031900	2042100
Christiania	8478750	8521250	6144600	6175400
Kopenhagen	9675750	9724250	6942600	6977400
Stockh.-Goth.	14563500	14636500	10473750	10526250
Helsingfors	1476300	1483700	1057350	1062650
Italien	2473850	2486150	1789515	1798485
London	249375000	250625000	179550000	180450000
New York	55860000	56140000	39900000	40100000
Paris	[illegible]	[illegible]	2342130	2353870
Schweiz	9875250	9924750	7112175	7147825
Spanien	7381500	7418500	5346600	5373400
Lissabon	2194500	2205500	1596000	1604000
Japan	27431250	27568750	19551000	19649000
Rio de Janeiro	5087250	5112750	3650850	3669150
Wien abgest.	778050,00	781950,00	564585,00	567415,00
Prag	1645875	1654125	1185030	1190970
Budapest	3092250	3107750	2194	2205
Bulgarien	533662500	536337500	381045	382955
Jugoslawien	678300	681700	484785	487215

Ausser Wien, Budapest und Sofia alles in 1000 M.

Börse in Halle a. S.

Halle, 23. Oktober. (In Milliarden.)

	23. 10.	20. 10.		23. 10.	20. 10.
Ammend. Papier	30	20000	Zeitzer Masch.	–	–
Cröllw. Papier	22,5	7500	Hallisch. Bankv.	8,5	4500
Eilenb. Kattun	39	30000	Halle-Hst.Eisb.	–	–
Glauzig. Zucker	130	75000	Hall. Pfännersch	130	60000
Hal. Maschinen	55	3000	Riebecksche Mt.	40	130000
HildebrandMühl.	40	2000	Wersch.-Weissf.	300	–
Kyffhäuserhütt.	20	12000	Bruckd.-N.Berg.	–	–
Wagg.G.Lindner	30	15000	Kathe A.-G.	18	11030
Wegelin&Hübn.	14	15000	SchraplauerKalk	10	4000

Universum-Film A.-G. (Ufa). In dem in einigen Tagen erscheinenden Geschäftsbericht der Universum-Film A.-G. (Ufa) für das am 31. Mai 1923 abgeschlossene Geschäftsjahr wird ein Bruttogewinn von 7 167 559 000 M. (i. V. 104 377 000 M.) ausgewiesen, darunter Vortrag aus dem Vorjahre 4 046 000 Mark (i. V. 8 090 000 M.). Nach Abzug der Handlungsunkosten und Abschreibungen von 5 166 813 000 M. (45 005 000 M.) verbleibt ein Reingewinn von 2 000 746 000 M. (59 371 000 M.). Dauernde Beteiligungen an Konzerngesellschaften im In- und Auslande einschliesslich der denselben gewährten Betriebskapitalien stehen (nach Abschreibung von 337 935 929 M.) wie im Vorjahre mit 100 Mill. M. zu Buch. Hierin sind enthalten die Beteiligungen an den zahlreichen deutschen Konzerngesellschaften der Ufa und die gesamten Beteiligungen sowie auch Investierungen bei ausländischen Theater- und Film-Vertriebs-Gesellschaften, insbesondere in der Schweiz, in Holland, Dänemark, Finnland, ferner in Warschau, Wien, Prag und Budapest. Die gesamten Vorräte sind abgeschrieben (i. V. 147 257 000 M.). Die vollständige Abschreibung dieser Vorräte, welche Rohmaterialien jeder Art sowie sämtliche fertige Filme (d. h. die nicht ausgenutzten Negative und vorhandenen Kopien) enthalten, begründet die Gesellschaft damit, dass sie sich gegen eine Umwälzung unserer Währungsverhältnisse und deren Einfluss auf die künftige Bilanz sicher stellen wollte. Die am Schluss des Geschäftsjahres im Gange befindliche neue Produktion von Filmen hatte laut Bilanz am 31. Mai einen Selbstkostenwert von 2 839 596 000 M. (i. V. 63 345 000 M.). Die für heutige Verhältnisse allerdings noch sehr geringe Steigerung erklärt sich ohne weiteres aus der Geldentwertung. Ausstehende Forderungen hatte die Gesellschaft 10 843 381 000 M. (i. V. 122 353 000 M.), darunter Bankguthaben von 4 774 043 000 M. (i. V. hatte die Gesellschaft Bankschulden). Grundstücke und Gebäude sind mit 71 807 000 M. in der Bilanz aufgeführt, worin nur der der Ufa selbst (nicht ihren Untergesellschaften) gehörige Besitz enthalten ist (i. V. 3 900 000 M.). Die Vermehrung erfolgte durch den Neuerwerb von Gebäuden in Berlin und Essen und durch Hinzukauf von umfangreichen, an die Ateliers in Tempelhof und Babelsberg grenzenden Terrains. Der gesamte von der Gesellschaft direkt oder durch massgebende Beteiligungen kontrollierte Grundbesitz in Berlin und in der Provinz beträgt 370 000 qm, darunter 125 Morgen in Tempelhof und Babelsberg. Der gesetzliche Reservefond ist im alten Geschäftsjahre auf 612 337 000 M. erhöht (i. V. 27 500 000 M.). Der Geschäftsbericht bemerkt hierzu, dass durch weitere Verwertung der im Vorjahre ausgegebenen neuen Aktien der Reservefond sich im neuen Geschäftsjahre bereits auf 18 Milliarden erhöht hat. Aus dem Reingewinn werden 700 % (30 %) Dividende ausgeschüttet. Die Gesellschaft will, wie bekannt, den Besitzern der Dividendenscheine die Möglichkeit einer nachträglichen, wertbeständigen Anlage in Ufa-Aktien gewähren, indem sie gegen Lieferung von je 10 Dividendenscheinen eine Ufa-Aktie von 1000 M. zum Durchschnittskurse des abgelaufenen Geschäftsjahres (7000 %) abgibt. Das neue Geschäftsjahr soll einen befriedigenden Verlauf nehmen.

Textil-Grosshandels A.-G., Flensburg. In der Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital um 300 auf 500 Mill. M. zu erhöhen. Die Ausgabe erfolgt zu einem Kurse, welcher am Zahlungstage bei der Ausübung des Bezugsrechtes für je 100 000 M. nom. dem Werte von zwei amerik. Dollar entspricht. — Die Firma wurde geändert in A.-G. für Textilwaren-Fabrikation und Grosshandel. In den Aufsichtsrat wurde gewählt Herr Wilhelm Cohn (Hamburger Handels-Bank). Der Aufsichtsrat teilte mit, dass den Aktionären Aktien im Verhältnis von 4 : 1 angeboten werden.

Erwerbsgesellschaften.

Opposition in der Generalversammlung der Barmer Kreditbank. Die ausserordentliche Generalversammlung, die über die Kapitalserhöhung beschliessen sollte, zog sich infolge der Opposition der Kleinaktionäre stundenlang hin und endete mit einer Protestkundgebung der Kleinaktionäre, die geschlossen das Versammlungslokal verliessen, als sie von den wenigen Grossaktionären majorisiert wurden. Es waren 70 Aktionäre anwesend. Das Vorstandsmitglied, Konsul Dr. Dicken-Düsseldorf führte zur Kapitalserhöhung aus, dass der heutige Augenblick für eine Kapitalserhöhung recht ungünstig und die technische Durchführung der Erhöhung so schwierig sei, dass die Verwaltung nicht den geeigneten Modus gefunden, um allen Beteiligten zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Verwaltung schlug folgende Entschlussfassung vor: Das Stammkapital wird um 490 auf 600 Mill. Mark erhöht, und zwar durch Ausgabe von 480 Mill. Mark Stamm- und 10 Mill. Mark Vorzugsaktien. Die letzteren sollen bei Satzungsänderung, Aufsichtsratswahl und einer Liquidation des Unternehmens das zwanzigfache Stimmrecht haben und auf eine Dividende von höchstens 6 % beschränkt bleiben. Die genannte Kapitalserhöhung soll zu pari an den Rheinhandelskonzern Düsseldorf begeben werden. Eine Kommission soll mit dem Rheinhandelskonzern alles weitere über die Ausgabebedingungen vereinbaren. Als Mindestbedingungen sollen gelten, dass bei den 480 Mill. M. Stammaktien den alten Aktionären ein Bezugsrecht von drei jungen auf eine alte Aktie gewährt werden und der Gegenwert in gesetzlichen Zahlungsmitteln nicht unter 2 sh zugunsten der Barmer Kreditbank erfolgt, dass der Gewinn der Zwischenbank nicht über ein Fünftel des Bezugsrechtkurses beträgt. Die sämtlichen Aktien sollen auf den Inhaber lauten und das gesetzliche Bezugsrecht für sie ausgeschlossen sein. Sie sollen in Stücken von 1000 und 10 000 ausgegeben werden. Das Bezugsrecht der alten Aktien von 300 bis 1200 ist an die Bedingung geknüpft, dass ihre Endsummen durch 1000 teilbar sind. Es besteht ausserdem die Absicht, diese Aktien zum Austausch in grössere Stücke aufzurufen. Die Bezugsrechtssteuer soll die Gesellschaft tragen. Die Ausschreibung des Bezugsrechts soll geschehen, sobald eine stabile Währung geschaffen ist. Die Kleinaktionäre führten in ihrer Kritik an den Uebernahmebedingungen aus, dass sie einseitig zugunsten des Rheinhandelskonzerns abgefasst seien, der aus der Transaktion einen Gewinn von 45 000 Goldmark erziele und dessen Einfluss in den Barmer Kreditverein durch Ausgabe der Vorzugsaktien ganz gewaltig gesteigert werde, während der Einfluss der Aktionäre verringert würde. Die Schaffung der Vorzugsaktien sei unmoralisch, und es müsse dagegen energisch protestiert werden. Die Verwaltung suchte die Einwände zu entkräften. Die Kleinaktionäre verharrten in ihrer Opposition und betonten u. a., dass die Verwaltungsanträge kein Abkommen, sondern Bedingungen bedeuteten, die der Grossaktionär der Versammlung diktiere, und dass Verwaltung und Aufsichtsrat sich diesem Diktat hätten fügen müssen. Die Bedingungen bedeuten eine Vergewaltigung der Aktionäre. Ein Antrag der Kleinaktionäre auf getrennte Abstimmung über die Kapitalserhöhung und die Schaffung der Vorzugsaktien wurde von der Verwaltung abgelehnt, dergleichen ein Antrag in der Niederschrift über die Versammlung zu vermerken, dass eine grosse Anzahl der Anwesenden mit den Vorschlägen der Verwaltung nicht einverstanden sei und daher die Abstimmung ablehnte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Verwaltung angenommen. Die Verwaltung wollte weiterhin noch über Satzungsänderungen beschliessen lassen. Die Kleinaktionäre verwahrten sich dagegen, weil der Punkt nicht auf der Tagesordnung steht. Als die Verwaltung doch zur Abstimmung schreiten wollte, verliessen sie geschlossen den Saal. Es blieben nur 5—6 Aktionäre zurück, die die Satzungsänderungen dem Vorschlage der Verwaltung gemäss beschloss. Zwei ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Hallesche Röhrenwerke A.-G., Halle. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Kapitals um 10 Millionen Mark auf 20 250 000 M. Die alten Aktionäre erhalten ein Bezugsrecht 10 : 1 zum Kurse von 500 Millionen Prozent plus 200 Millionen Prozent Abgeltung für Bezugsrechtssteuer. Es wurde aber mitgeteilt, dass diese Sätze bis zur offiziellen Aufforderung zur Ausübung des Bezugsrechts noch geändert werden können.

Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg. Die Gesellschaft gibt bekannt, dass sie die 5proz. Teilschuldverschreibungen von 1921 schon jetzt zur Einlösung bringt. Die näheren Bedingungen für die Einlösung und die Einlösungsstellen sind im Inseratenteil dieses Blattes ersichtlich.

Verzicht auf Dividende. Die Generalversammlung der Süddeutschen Baumwollindustrie Kuchen genehmigte den Abschluss. Was die Gewinnverteilung anbetrifft, so wurde der ursprünglich vom Aufsichtsrat gestellte Antrag auf Verteilung einer Dividende von 1000 % zurückgezogen und dafür vom Vorstand der Antrag gestellt, den verbleibenden Ueberschuss von 499 353 000 Mark vorzutragen und auf die Ausschüttung einer Dividende zu verzichten. Der Vorsitzende begründete diese Massnahme mit der allgemeinen Lage der Gesellschaft, die es unmöglich mache, eine Gelddividende, wie man zuerst in Erwägung gezogen hatte, auch nur in beschränktem Masse zu verteilen. Zudem hätte die in der Schweiz ansässige Hauptaktionärgruppe erklärt, dass sie im Interesse der Gesellschaft auf die Verteilung einer Dividende verzichte.

Braunschweigische A.-G. für Jute- und Flachsindustrie. Nach dem Geschäftsbericht für 1922/23 belief sich der Reingewinn auf 107 624 M. (i. V. 2,0 Mill.) Die Verteilung einer Dividende kommt daher nicht in Betracht. In der Bilanz erscheinen (in Mill. M.) Gläubiger mit 11 618,3 (33,8) und Aussenstände mit 3542,1 (4,9), ferner u. a. Vorräte von Rohmaterialien und Waren im Betrieb Braunschweig mit 5666,6 (18,7), im Betrieb Vechelde mit 2492,3 (24,7). Die Beschäftigung war im ganzen Jahre befriedigend, und zwar in der Hauptsache durch Ausfuhr. Die Aufnahmefähigkeit der inländischen Verbraucher verringerte sich zusehends und ist nach und nach auf einen beängstigenden Prozentsatz zurückgegangen. Im Augenblick kann die Beschäftigung noch als leidlich bezeichnet werden. Was aber die Zukunft in dieser Beziehung bringt, hängt von der Gestaltung weiterer Ausfuhrmöglichkeiten ab. Der Neubau der Fabrik war Ende des Geschäftsjahres nahezu vollendet, aber ein grosser Teil der Arbeitsmaschinen befindet sich noch in Umarbeitung.

Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon A.-G., Hamburg. Nach der erlassenen Bekanntmachung ist der Bezugspreis von 1½ Dollar für jede neue Aktie nach dem Dollarkurs vom 26. cr. zu zahlen. Wir hören, dass in Rücksicht auf die grossen Geldwertschwankungen die hiesige Bezugsstelle strikte Anweisung erhalten hat, den Bezug von jungen Aktien innerhalb der bis zum 27. cr. laufenden Bezugsfrist nur gegen Vorlegung der alten Aktienmäntel zuzulassen und die Entgegennahme von Gutscheinen für nachzuliefernde Aktienmäntel abzulehnen.

Nordmark Versicherungs A.-G., Hamburg. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss eine Erhöhung des Aktienkapitals von 75 auf 500 Mill. M. und volle Einzahlung desselben.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 23. Oktober.

Amtl. Notierung der Mittagsbörse ab Station. Mehl und Kleie brutto einschl. Sack frei Berlin. (In Millionen)

für 50 kg	23. 10	für 50 kg	23. 10
Weizen, märk.	104—105000	Weizenkleie	38000—40000
„ pomm.	—	Roggenkleie	38000—40000
„ schles.	—	Raps	—
Roggen, märk.	94000—95200	Erbsen Viktoria	—
„ pomm.	—	Kl. Speise-Erbsen	—
„ schles.	—	Futtererbsen	—
„ westpr.	—	Peluschken	—
„ meckl.	—	Ackerbohnen	—
Gerste, märk.	93000—95000	Wicken	—
„ schles.	—	Lupinen, blaue	—
Hafer, märk.	73000—74000	„ gelbe	—
„ westpr.	—	Seradella, neue	—
„ schles.	—	Rapskuchen	60000
Mais, Berlin	—	Leinkuchen	—
„ Hamburg	—	Trockenschnitzel	—
Mehl 70 % 100 kg Weizen	280—300000	Torfmelasse	31000—32000
Mehl 70 % 100 kg Roggen	270—245000	Kartoffelflocken	—

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon je 50 kg (in Mill. M.): Hafer 85 000—90 000, Plata-Mais 85 000, Roggenkleie 37 000.

Heu und Stroh. Grosshandelspreise per 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt in Mill. M.: drahtgepresstes Roggen- und Weizenstroh 3000—3200, desgl. Haferstroh 2800—3000, desgl. Gerstenstroh 2600—2800, Roggenlangstroh 2000 bis 2200, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 1800—1900, loses Krummstroh 1600—1800, Häcksel 6000—7000, handelsübliches Heu 1400—1800, gutes Heu 1800—2000.

Berliner Lederbörsenversammlung. Der Börsenverein der Häute-, Leder- und Schuhinteressenten zu Berlin E. V. hat für Donnerstag, den 25. Oktober, eine Generalversammlung einberufen, in der über die Zukunft der Berliner Lederbörsenversammlungen endgültig Beschluss gefasst werden soll. Es muss sich nunmehr zeigen, ob die Mitglieder kräftig genug sind, um die mit der Abhaltung der Versammlungen verknüpften ausserordentlich gestiegenen Aufwendungen auf sich zu nehmen. Das Bedürfnis für Preisermittlungen, auch wenn solche keinen börsenmässigen Charakter tragen, wird vorzugsweise vom Lederkleinhandel aufs entschiedenste bejaht. Die Entscheidung muss der Versammlung überlassen bleiben. Infolgedessen wäre es erwünscht, dass möglichst viele Mitglieder aus den verschiedensten Gruppen der Häute- und Lederwirtschaft, insbesondere auch die Schuhhändler und Schuhfabrikanten, erscheinen.

Vom Hamburger Fischmarkt, 22. 10. (Eigenbericht.) Amtliche Notierungen am Fischmarkt St. Pauli vom 20. 10. Preise in Pfund und Mill. M.: Schellfisch I 550, III 700, Wittling 300—400, Kabeljau I 500, II 510, III 460, Schollen IV 425—525, Seezunge I 12 250—15 000, II 7000—13 250, III 6250, Steinbutt I 3500—3925, II 2600, Heringe 550—600, Zufuhr: 1 Dampfer mit 13 000 Pfund, 6 Hochseesegler mit 10 000 Pfund und 33 Elb- und Küstenfischfahrzeuge mit 6000 Pfund.

Berliner Metallbörse vom 23 Oktober. (In Milliarden.)

Amtl. Preise für 1 kg	23. 10	22. 10.
Elektrolytkupfer	—	—
Hüttenrohz. Verb.-Pr.	—	—
Raff. Kupf. (99—99,3 %)	15—17	12—12,5
Orig. Hüttenweichblei	7—7,50	5,4—5,6
Hüttenrohzink. frei	8,25 8,75	6700 6900
Remelted Plattenzink	6,75—7,25	5000 5200
Hüttenaluminium	—	23500—23600
do. Walzbarren	—	
Bankazinn	56—58	41500—42000
Hüttenzinn (99 %)	53—55	40000—40500
Reinnickel (98—99 %)	32—34	23500—23600
Antimon (Regul.) 99 %	7,25—7,75	5400 5600
Silber 900 fein	1100—1150	860000—880000

Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg.
5%ige Teilschuldverschreibungen von 1921.
Wir erklären uns bereit, die Teilschuldverschreibungen unserer vorstehenden Anleihe schon jetzt zur Einlösung zu bringen, und zwar in der Weise, daß wir für je nom. M 5000 der Teilschuldverschreibungen je $ 1,— der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches aushändigen lassen, sofern die Stücke mit laufenden Zinsscheinen und Erneuerungsscheinen sowie einem Nummernverzeichnis bis spätestens 30. November 1923 einschließlich
in Berlin bei der Deutschen Bank,
in Cassel „ „ Deutschen Bank Filiale Cassel,
in Duisburg „ „ Deutschen Bank Filiale Duisburg,
„ „ Duisburg-Ruhrorter Bank Filiale der Essener Credit-Anstalt,
„ dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. Filiale Duisburg,
in Köln „ „ Deutschen Bank Filiale Köln,
„ dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.,
„ „ Bankhaus A. Levy,
in Essen „ der Essener Credit-Anstalt,
in Elberfeld „ „ Bergisch-Märkischen Bank Filiale der Deutschen Bank,
„ dem Bankhause J. Wichelhaus & Sohn,
in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Bank Filiale Frankfurt
zur Einreichung gelangen. Eine Zinsverrechnung findet nicht statt.
Berlin, im Oktober 1923.
Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft.
Reuter.

Weinbrand Raetsch
Raetsch A.-G.
Grünberg in Schlesien

Bahnbedarfswerk Georg von Cölln G. m. b. H.
Hannover
Hamburg — Bremen — Leipzig — Duisburg
Schmal- und Normalspur-Gleise, Weichen, Drehscheiben, Muldenkipper u. Transportwagen jeder Art, Kleineisenzeuge, Holzschwellen.
Projektierung u. Ausführung vollständiger Anschlussgleise.
:: Stets grosse Lagervorräte. ::
Sondererzeugung Gebläseölbrenner u. Selbstentladewagen D. R. P.
Ausfuhr

Maschinenguss
in allen Abmessungen
GELSENKIRCHENER BERGWERKS-AKTIEN-GESELLSCHAFT
ABT. SCHALKE

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simon; für den Volkswirtschaftl. Teil: Otto König; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt.: W. Mürrle; Verlag: Zeitungsverlag Schmidt-Dumont & Co.; Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, A. G., sämtlich Berlin, Wilhelmstr. 30-32.